



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

Mannheimer General-Anzeiger. 1916-1924 1919

322 (17.7.1919) Mittags-Ausgabe

[urn:nbn:de:bsz:mh40-186367](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-186367)

Mannheimer General-Anzeiger

Hauptredaktion: Dr. Fritz Goldmann, Verantwortlich für Inhalt: J. D. F. Schaefer, für Druck: H. A. Mahner, für Anzeigen: Anton Geisler. Druck und Verlag: Druckerei Dr. Hans Mannheimer, Kaiserstr. 6, 6. u. 8. Stockwerk in Mannheim. Druck-Abz.: General-Anzeiger Mannheim. Verlags-Nr. 17990 Karlsruhe in Baden. — Fernsprecher Amt Mannheim Nr. 7960—7966.

Badische Neueste Nachrichten
Amtliches Verkündigungsblatt

Kunstgeprägte: Die Stadt, Kofmetalle 60 Pf., Finanz-Regeln und Anzeigen von Versicherungs-Gesellschaften 65 Pf., Kellern Nr. 2 50, Anzeigenbuch: Mittagsblatt vormitt. 6/8 Uhr, Abendblatt nachmittags 2/4 Uhr, für Anzeigen an bestimmten Tagen, Stellen und Ausgaben wird keine Verantwortung übernommen. Bezugspreis in Mannheim und Umgebung monatlich M. 2.50 mit Bringerlohn, Postbezug: Viertel M. 7.00 einjährig, Zustellungsgebühr, bei der Post abgeholt M. 7.50. Einzel-Nr. 10 Pf.

Sitzung der französischen Friedenskommission.

Paris, 16. Juli. (Eigener Drahtbericht, indirekt.) Die französische Friedenskommission trat gestern unter dem Vorsitz von Bionani zusammen und nahm die Regierungserklärungen über die Frage des linken Rheinufers entgegen. Die Kommission beschloß, die Ausführungen des Ministerpräsidenten über diesen Punkt sowie über die anderen territorialen Fragen anzuhören. Der Minister des Auswärtigen, Bionani, sprach über die Frage des Völkerbundes. Er erinnerte daran, daß die Bildung der Liga für den Frieden der Welt von großem Vorteil sei, und zwar hauptsächlich infolge des Umstandes, daß die Mitglieder der Liga verpflichtet sind, Konflikte dem zuständigen Schiedsgericht zu unterbreiten.

Hierauf wurde die Frage aufgeworfen, ob durch die Zusammensetzung der Kommission nicht Mehrheiten zustandekommen könnten, welche den Interessen Frankreichs nicht rüftig gefasst sind. Bionani legte dar, daß die Unabhängigkeit in den verschiedenen Staaten eine beträchtliche Sicherheit darstelle. Bei allen internationalen Problemen wirtschaftlicher, politischer und sozialer Natur, die der Liga der Nationen unterbreitet werden, dienen die Vorteile der ganzen Menschheit als Richtlinie. In Beantwortung einer Anfrage erklärte er, daß die Regierung nicht die Verteidigung für die französischen Kolonien im Schoße des Völkerbundes verlange. Bei Besprechung des Beitritts Deutschlands zum Völkerbunde erklärte Bionani dann, daß Deutschland einerseits erst nach einer Abstimmung in den Völkerbund eintreten könne, andererseits nachdem es durch seine Haltung und hauptsächlich durch die Ausführung der ihm durch den Friedensvertrag auferlegten Verpflichtungen seinen Willen kund getan hat. Schließlich konnte es trotz der Einschränkungen militärischer Natur möglich sein, daß diese Maßnahme für Deutschland obligatorisch bleibt. Endlich erklärte Bionani sein Einverständnis mit der Kommission, daß im Schoße des Völkerbundes die Zulageanträge von Leon Bourgeois, die auf der Friedenskonferenz in der französischen Kommission eingebracht wurden, wieder aufgenommen werden sollen, die durch die Kontrolle der Rüstungen und die Einführung militärischer Bestimmungen die vollständige Wirksamkeit des Völkerbundes sichern. Charles Benoist erstattete Bericht über das Saarbecken. Der deutschen Behauptung, daß dieses Land deutsch sei und es seit 9 Jahrhunderten ohne Unterbrechung war, stellt Benoist die französische Behauptung gegenüber, die lautet: Im 16. Jahrhundert appellierte der protestantische Fürst dieser Gegend an Frankreich; als 1770 Lothringen französisch wurde, wurde es gleichzeitig das ganze Saargebiet mit Ausnahme von Saarbrücken und einiger Enklaven. Der Pfalz Saarlouis wurde nach den Plänen Lotharins im Jahre 1697 erbaut. Das ganze Saarbecken bis zum Rhein wurde nach der Befragung an Frankreich angegliedert. Der Pariser Vertrag von 1815 brachte Frankreich wieder auf die Grenze zurück, die es 1770 besessen hatte, trotz der Ludwig 18. persönlich über Saarlouis, Landau und die Kohlenminen des Saargebietes gemachten Versprechen. Benoist behauptet weiter, daß sich eine lebhaftere französische Gefinnung inmitten dieser Bevölkerung geltend macht. Das Saargebiet umfaßt 192 Quadratkilometer mit 650 000 Einwohnern. Leon Bourgeois wird morgen seinen Bericht fortsetzen.

Birkenfeld sucht Anschluss ans Saargebiet.

Weimar, 16. Juli. (WB.) Von maßgebender Seite wird uns gemeldet: In Birkenfeld soll morgen der Landesausschuss, der unter dem Druck der Okkupationsmacht neu gewählt werden mußte, zusammentreten. Auf der Tagesordnung steht die Loslösung von Oldenburg. Der Reichsregierung ist bekannt, daß unter diesen Loslösungswünschen sich wesentlich andere, aufs schärfste zu verurteilende Bestrebungen verbergen, die auf den Anschluss an das unter der Verwaltung des Völkerbundes stehende Saargebiet hincielen. Das würde wenigstens ein zeitweises Ausschneiden aus dem Reich bedeuten und zugleich eine widerrechtliche Verschiebung der Grenzen des Saargebietes, wie sie beim Friedensvertrag festgelegt sind. Die Bestrebungen verstoßen gegen die Reichsverfassung und den Friedensvertrag. Die Reichsregierung, im Einklang mit der Weimarer Nationalversammlung, legt darum scharfste Verwahrung gegen sie ein. Sie wird jeden zur Rechenschaft zu ziehen wissen, der sich aus welchen Gründen immer, daran beteiligt oder sie fördert.

Harden als Anwalt der Entente.

Berlin, 16. Juli. (WB.) Die Deutsche Allgemeine Zeitung in einem Artikel gegen Maximilian Harden, der sich in der „Zukunft“ mit der Schuldfrage beschäftigt, fest, daß man in Berlin von der angeblichen Depesche des österreichisch-ungarischen Agenten von Wiesner vom 13. Juli 1914 an das Auswärtige Amt nichts wußte. In dieser Depesche soll die Beihilfe der serbischen Regierung an dem Mord von Sarajevo als unbeweisbar und unwahrscheinlich bezeichnet worden sein. Harden stellt die Depesche an die Spitze seiner Ausführungen in der „Zukunft“, die scharf für Deutschlands Mitschuld an dem Ausbruch des Krieges sprechen und im Zustande großes Aufsehen erregt haben. Der „Berliner Bund“ hatte die Ausführungen in seiner Nummer vom 26. Juni wiedergegeben. Nach den Feststellungen der Deutschen Allgemeinen Zeitung muß angenommen werden, daß die Berliner Regierung von der Wiesnerschen Depesche, selbst wenn sie echt sein sollte, nichts gewußt hat. Das Blatt bestreitet ferner energisch, daß, wie von Harden behauptet wird, am 6. Juli 1914 in Berlin beschlossen wurde, die Vorbereitungen des Feldzuges zu beginnen, und daß Kaiser Wilhelm vor Eintritt der Nordlandsreise in diesem Sinne verfügt habe. Das Blatt schließt: „Der Kriegsschluß am 6. Juli ist ein ähnliches 300welliges Phantasiengebilde, wie die jetzt aufgegebene Legende von einem Kronrat vom 5. Juli. Solange es Harden auch hier wieder bei bloßen Behauptungen benennen läßt und keine beweiskräftigen Aktenstücke vorlegen kann, wird er als glaubwürdiger Kronzeuge für die gute Sache der Entente nicht betrachtet werden können. Ohne einen gewissen Sinn an Objektivität und Sachlichkeit kann man eben die verwickeltesten diplomatischen Verhandlungen vor Kriegsausbruch nicht würdigen. Dieselbe Kritik, die man an den deutschen Veröffentlichungen übt, muß man auch an jenen der feindlichen üben.“

Zur Auslieferung des Kaisers.

Die Times fordert die Aburteilung des Kaisers. Amsterdam, 16. Juli. (WB.) Dem Allgemeinen Handelsblatt wird gemeldet: Die Times trat in einem ausführlichen Beitrag für ein Verfahren gegen den Kaiser ein und schreibt: Das Verfahren würde in den Friedensvertrag als ein Erfstein des Gebäudes der internationalen Gerechtigkeit aufgenommen. Ein Widerstand dagegen würde die Hoffnung auf eine neue Herrschaft des Rechts den Boden einschlagen. Wir müssen den Kaiser vor Gericht stellen, sei es auch nur, weil, wenn wir dies nicht tun, wir auch nicht die anderen Schuldigen vor Gericht stellen könnten, ohne damit zum Ausdruck zu bringen, daß auch in den internationalen Angelegenheiten ein Gesetz für den König und ein anderes für den Untertan besteht.

Die Lage im Osten.

Die Internierungen in Polen.

Danzig, 16. Juli. (WB.) Auf die Beschwerde der deutschen Regierung wegen der zahlreichen Internierungen in Polen antwortete die polnische Regierung, Internierungen hätten nicht stattgefunden. Eine Notiz der polnischen Telegraphen-Agentur, die von der Zeitung „Poznanjaki Lubu“ vom 11. Juli gedruckt ist, ergibt, daß die polnische Antwort falsch ist. In der Notiz wird berichtet, wie eine deutsche Abordnung von Posener Einwohnern zu dem General Dombor Musnicki kam, ihre Ergebenheit bezugte und um Aufhebung der Internierungen bat. Weiter heißt es dann: „Nach Vollziehung der Internierungen (unter dem Protokoll der Ergebenheitserklärungen) erkläre ich, Dombor Musnicki, den Delegierten, daß ich ihrer Bitte, auf die Internierungen zu verzichten, willfahren würde und die Liste der schon Internierten wohlwollend geprüft werde.“ Hier spricht also der polnische Heerführer selbst von Internierungen. Das dürfte wohl ein ausreichendes Zeugnis sein und beweisen, daß die gegenteilige Erklärung der polnischen Regierung eine Lüge ist. Die Internierungen sind aber keineswegs auf Grund der Versprechungen beseitigt worden, vielmehr heißt es weiter in dem Bericht: Jedoch griffen die Deutschen gestern und heute unsere Truppen an. Deshalb sind wir der Ansicht, daß ich das Recht habe, die Ausführung der gegebenen Versprechungen zurückzuhalten. Das ist polnische Vertragstreue! Weil das deutsche Heer gegen Polen kämpft, werden unschuldige Bürger interniert und werden Versprechungen nicht gehalten! Wie aber würde die Menschheit widerhallen, wenn die Deutschen die polnischen Verräter, die auf die Abtretung Posens und Westpreußens von Deutschland hinarbeiteten, samt und sonders interniert hätten!

Ministerium Uman in Litauen.

Berlin, 16. Juli. (WB.) Der Pressebeirat der deutschen Gesandtschaft in Litauen teilt mit, der litauische Volkssrat, der, wie gemeldet, am Freitag in Riga wieder zusammentritt, legte die Regierungsgewalt in die Hände des neuen Ministeriums Uman. Uman übernimmt außerdem den Vorsitz der Ressorts für Verpflegung und Landwirtschaft.

Die Streikbewegung.

Der Landarbeiterstreik.

Berlin, 17. Juli. (Von unserem Berliner Büro.) Der Landarbeiterstreik scheint doch ernsthafter zu sein, als gestern die von uns wiedergegebene halbamtliche Darstellung wahr haben wollte. Der Streik greift neuerdings auch nach Sachsen über. In Steintin dauert derweilen der Streik fort und verschärft sich zusehends. In einzelnen Straßen ist es bereits zu Gewalttätigkeiten der Streikenden gekommen. Auch der Verkehr im Hafen ruht vollständig. Die Lebensmittelgeschiffe sollen nicht entladen werden. Der Oberpräsident, der deutsch-demokratische Abg. Diepmann, läßt erklären, daß die Verhängung des Belagerungszustandes ohne sein Wissen erfolgt sei. Inzwischen aber hat das Reichswehrgruppenkommando, das identisch ist mit dem Generalkommando Lüttich, an die ihm unterstellten Generalkommandos und Brigaden einen Erlaß gerichtet, in dem es erklärt, die Landwirte sind in jeder Beziehung zu unterstützen, auch durch Verhängung des Belagerungszustandes über ein großes Gebiet, um die Streikender und kommunistischen Rädelsführer zu verhaften. Es scheint also, als ob es auch hier wieder zwischen Regierung und militärischen Stellen nicht ganz klappt. Ueber all diese Dinge wird voraussichtlich heute in der preußischen Landesversammlung gesprochen werden. Man nimmt jetzt an, daß Ministerpräsident Hirsch eine Erklärung abgeben und vor unbedachten Schritten der Landarbeiterschaft warnen wird.

Greifswald, 16. Juli. (WB.) Der Landarbeiterstreik im Landkreis Franzburg ist im Rückgang begriffen, da das Militär, welches die Güter besetzt hielt, die Arbeiter zur Wiederaufnahme der Arbeit anhielt. Die Wiederaufnahme der Arbeit wird dringend geboten, da die Rübenente in Gefahr geriet, völlig zu verderben. Gefahr besteht auch für Wintergerste und Juderrüben. Von dem auf den Gütern eingerichteten Ausschuss des Landarbeitervereins wurden 15 Mitglieder verhaftet und nach Greifswald weitertransportiert.

Die Steintiner Streiklage.

Steintin, 16. Juli. (WB.) Der heute ausgebrochene Generalstreik stellte sich als eine Heberumpelung der Arbeiter durch die Unabhängige Sozialdemokratie dar. Die am Nachmittag abgehaltene Versammlung des Aktionsausschusses der Mehrheitssozialisten, an der Vertreter aller Gewerkschaften teilnahmen, beschloß, daß in den Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerken die Arbeit sofort wieder auf-

genommen und im übrigen der Streik fortgesetzt werden soll, bis die für morgen anberaumte Verammlung der Vertrauensleute des Wahlvereins Weiteres beschließt. Die Zeitungsverleger beschloßen, die Zeitungen vorläufig nicht erscheinen zu lassen. Der Oberpräsident und der Generalarbeitsrat der Provinz Pommern wandten sich telegraphisch an die Ministerien und baten um Aufhebung des Belagerungszustandes über Pommern.

Stettin, 16. Juli. (WB.) In einer heute abgehaltenen Versammlung der Eisenbahner von Stettin wurde beschlossen, sich dem Generalstreik anzuschließen und den Aktionsausschuss einzusetzen, der das Nötige veranlassen soll. Es sollen nur einige Lebensmitteltransporte fortgeführt werden, dagegen soll der Güter- und Personenverkehr aufhören.

Sonderbare Haltung der Mehrheitssozialdemokratie.

Berlin, 17. Juli. (Von unserem Berliner Büro.) Die Haltung auch der Mehrheitssozialdemokratie wird neuerdings rätselhafter. Nachdem gestern noch der „Vorwärts“ vor dem von den Unabhängigen geforderten Kundgebungen am 21. Juli gewarnt hatte, die angeblich eine Parallektion darstellen sollte zu dem Proteststreik der Sozialisten Frankreichs, Englands und Italiens, veröffentlicht der Parteivorstand der Mehrheitssozialdemokratie heute einen Aufruf, in dem er gerade zu solchen Kundgebungen auffordert. Dem Parteivorstand schließt sich auch der Ausschuss der Gewerkschaftskommission an. Das Vorgehen ist um so unbefonnener, als man einstweilen noch gar nicht weiß, ob bei der notorischen Schwäche der Sozialisten in Frankreich und England am kommenden Montag ein Generalstreik überhaupt zustande kommt. Der mehrheitssozialistische Parteivorstand erklärt bei der Gelegenheit, auch gegen die katastrophale Politik der Unabhängigen und Kommunisten protestieren zu wollen. Es ist aber ein eigenförmlicher Prozeß, wenn man sich von den Leuten, denen man entgentreten will, ins Schlepptau nehmen läßt.

Wir brauchen die Unternehmer.

Von Dr. Ernst Lorenz.

Der 10. deutsche Gewerkschaftskongreß, der in Nürnberg getagt hat, bietet dem Positiver wie dem Psychologen ein gleich interessantes Schauspiel. Die freien Gewerkschaften, die alte Schutz- und Stoßtruppe der Sozialdemokratie, befinden sich gegenwärtig in einer recht mißlichen Lage. Gewerkschaften und Partei sind eins, so lautet ja das alte Schlagwort, aber nun ist die Partei gespalten, die radikalen Elemente treiben eine mächtige Agitation, die, wie sich aus den zahllosen wilden Streiks ergibt, in der Arbeiterschaft einen nur allzu fruchtbaren Boden findet. Es war natürlich, daß dieser Riß innerhalb der Partei auch auf die Gewerkschaften eine sehr bedrohliche Wirkung ausüben mußte. Tatsächlich hat dem auch die diesjährige Tagung im Zeichen jener scharfen Scheidung gestanden. Auf der einen Seite die bolschewistisch-kommunistischen Ultrarevolutionäre mit Einführung des Rätesystems, augenblicklicher, radikaler Sozialisierung, vollständiger Ausschaltung des selbständigen Unternehmertums, auf der Gegenseite unter Führung von Legien und Leipart die in langer praktischer Erfahrung geschulten Führer, deren Absichten zwar zum Ziel mit denjenigen des linken Flügel übereinstimmen, die aber einen anderen, langsameren Weg einschlagen wollen. Hier vertritt man die Parität (vorläufig), die Arbeitsgemeinschaft, die allmähliche Vergefellshaftung, und man scheut — der Genosse Um brecht war lähn genug, es auszusprechen — sogar nicht einmal das ehrliche Bekenntnis: „Noch brauchen wir die Unternehmer.“ Diese gemäßigtere Richtung hat auch auf dem Kongreß die Notwendigkeit einer ruhigen, sozialjungen organisierten Arbeit immer wieder betont, man will die Tarifverträge weiter ausbauen, verweist auf den Nutzen (die Arbeitgeber mögen es sich gesagt sein lassen), den hierbei „starke Verbände auf beiden Seiten“ mit sich bringen, man erinnere die Arbeiter ganz freimütig an das abfahrende Beispiel Rußlands und warnt eindringlich davor, die Betriebsräte über das Wirtschaftsleben hinaus wirken zu lassen, das sei, meinte der Genosse Cohen, ein höchst unglückliches Experiment!

Die Vertreter der „unabhängigen“ Richtung haben natürlich gegen alle derartigen Mahnungen stürmischen Einspruch erhoben. Auf sie trifft zu, was der „Vorwärts“ kürzlich in einem Artikel über das Streikfieber ausführte, daß vielen der reifen Stürmern und Drängern nach dem 9. November der nächste Tag schon zu lang geworden sei, weil sie nicht allein Bürger eines neuen Reiches sein konnten, in welchem Milch und Honig fließt. Die Fosse der spartakistisch angehauchten Redner ließ denn auch in Nürnberg die immerhin vernünftigeren Anschauung der alten Gewerkschaftler beinahe als den Ausfluß tiefer sozialpolitischer Weisheit erscheinen. Schließlich hat der Kongreß eine Reihe sehr ausführlicher Richtlinien und eine Anzahl von Resolutionen über Arbeitsgemeinschaften usw. angenommen, die in ihrer Gesamtheit beinahe den Eindruck erwecken, als wenn die freien Gewerkschaften auf dem besten Wege wären, sich zu einer Organisation zu entwickeln, die sich rückhaltlos in den Dienst der nationalen Wohlfahrt stellt. Freilich wird, was nun eben psychologisch das Interessanteste ist, den Herren Gewerkschaftsführern selbst sehr übel zu Mute, wenn sie in den Verbaht geraten, als wären sie ehrliche Vertreter von Recht und Ordnung. Darum wurde immer wieder und wieder versichert, daß die Durchführung der sozialen Revolution in das Gebiet der Gewerkschaften gehört, auch Herr Leipart erklärte im Namen dieser Verbände, daß sie der Revolution in demselben Maße vorgearbeiten hätten, wie die Partei selbst. Ebenso trieb man ein Doppelspiel mit dem Gedanken des Nationalismus; einerseits hieß es, alle Kraft auf die Förderung der nationalen Arbeit, andererseits fiel man doch immer wieder in die alte Verhimmelung der großen Internationalen zurück!

In ganzen hat auch die letzte gewerkschaftliche Heerfahrt wieder den Beweis erbracht, daß es den Führern dieser Bewegung noch immer unmöglich ist, den richtigen Blick für die wirtschaftlichen und sozialen Notwendigkeiten der Volkswirt-

chaft zu gewinnen. Sie drehen sich rechts, sie drehen sich links, der Kopf, der hängt ihnen hinten! Geschraubt und gewunden bekennst man, den Unternehmer noch nötig zu haben, aber dieses Geständnis kommt nicht aus einem ehrlichen, aufrichtigen Herzen! Wohl befürwortet man die Arbeitsgemeinschaft, weil man sich von ihr praktische oder tatsächliche Vorteile verspricht. Aber wie weit ist dieses freiwillig-unfreiwillige Zusammenarbeiten mit den Unternehmern von jener wirklichen Arbeitsgemeinschaft entfernt, die dem Wesen des deutschen Treueverhältnisses zwischen dem Führer und seiner Gefolgschaft, dem Meister und seinen Gefolten entspricht! Wohl sind diese gemäßigten Gewerkschaftler klüger und berechneter als die spartakistische Umstürzler, aber vom Umlernen, von wirtschaftlicher Einkehr, von einer logischen Einschätzung der tatsächlichen Verhältnisse, die doch deutlich genug den ganzen Unfuss dieser Demokratie und Sozialisierung erkennen lassen, wollen die gewerkschaftlichen Doktriniere noch immer nichts wissen. Auch dieser Friede wird nur ein halber Friede bleiben, wenn sich nicht die Herren Beglückten und Genossen eines besseren besinnen. Wir brauchen den Unternehmer, den freien, selbständigen Unternehmer, aber nicht als Notbehelf, nicht für heute und morgen, sondern wir brauchen ihn schlechthin, wir sind auf seine volle, ungehinderte Entfaltung angewiesen, wenn wir jemals wieder auf einen grünen Zweig kommen wollen!

Nationalversammlung.

(Schluß.)

Weimar, 16. Juli.

Abg. Oberfohren (D.-R.): Der Menschheit ganzer Samen sagt einen an, wenn man besinnt, was dem deutschen Volk durch die Filmindustrie für seine Erholungstunden geboten wird. Ohne Filmgenuss geht es nicht.

Im weiteren Verlauf der Sitzung kommt es zu einem Zusammenstoß zwischen dem Abg. Dr. Cohn (L. S.) und dem Präsidenten Fehrenbach, da der Abg. Cohn erklärte, namentlich in der letzten Zeit habe es der Präsident den Unabhängigen gegenüber an Objektivität fehlen lassen. (Großer Lärm im ganzen Hause.)

Präsident Fehrenbach: Zu dieser Vermahnung haben Sie nicht den geringsten Anlaß. (Beifall bei einem großen Teil des Hauses. Zuruf der Unabhängigen: Wir lassen uns das nicht mehr gefallen.)

Abg. Cohn (L. S.): Ich mache doch förmliche Ausführungen und führe u. a. aus: Der Vorstand der „Alla“ steht im engsten Zusammenhang mit der Regierung. Früher habe man sogenannte Durchhaltefilme erlebt. Es ist wahrheitsfalsch, daß wir jetzt parteipolitisch gefärbte Regierungsfilme erhalten werden. (Andauernde Schlußrufe.)

Abg. Hausmann (Dem.): Der Antrag der Unabhängigen ist an sich sehr vernünftig. Aber in die Verfassung gehört er nicht. Auch der Abg. Cohn hat für die Blumenberoeung Unterstützung einer Würdigen und raschen Erledigung zugesagt. Das Gegenteil ist eingetreten. Die agitatorische Betätigung der Unabhängigen bedeutet eine Schädigung für das ganze Gesetzgebungsamt. (Beifall. Lärm und Unruhe bei den U. S.)

Ministerpräsident Bauer wendet sich gegen die agitatorischen Ausführungen des Abg. Cohn über das Bestehen eines Korruptionsfonds des Reichspräsidenten und über die Unterstützung der Filmindustrie durch das Reich.

Abg. Cohn (L. S.): Dem Abg. Hausmann wird der Abg. Bauer schon die richtige Antwort erteilen. Hausmanns Annahme ist unrichtig.

Abg. Hausmann (Demokrat): Meine Ausführungen entsprechen den Tatsachen und ich weise es als unehrerzucht zurück, daß der Abg. Cohn sie als unmaßgeblich bezeichnet.

Abg. Krähig (Soz.) befragt die Bestimmung des Abg. Hausmann.

Der Artikel 117 wird unter Ablehnung aller Abänderungsvorschläge in der Fassung des Entwurfs angenommen. Während der Abstimmung trat ein Besucher des rechten Hanges auf die Tribüne und wird ein großes Rufen: Flugblätter und graue Karten in den Saal. Es entsteht große Unruhe. Auf den Flugblättern steht: „Tad alles gegen Weimar“, und auf den grauen Karten wird die Ankunft des Oberkassas angekündigt.

Über den zweiten Abschnitt der Grundrechte, der das Gemeinschaftsleben behandelt, berichtet Abg. Dr. Seyditz (Str.). Artikel 118 stellt die Ehe als Grundlage des deutschen Familienlebens unter den Schutz der Verfassung und erklärt die gesunde Keinerhaltung und soziale Förderung der Familie als Aufgabe der Bevölkerungspolitik von Staat und Gemeinde. Kinderreiche Familien haben Anspruch auf ausgleichende Fürsorge.

Nach Artikel 119 ist die Erziehung des Nachwuchses Pflicht und Recht der Eltern, aber deren Fälligkeit die staatliche Gemeinschaft wahr. Dazu liegen verschiedene demokratische, sozialdemokratische und unabhängige Vorschläge vor, die sich vor allem mit der Stellung des unehelichen Kindes befassen. Außerdem liegt eine Entschärfung des Ausschusses vor, die Regierung möge einen Gesetzentwurf vorlegen, der die rechtliche und soziale Stellung des unehelichen Kindes in gerechter Weise regelt.

Abg. Frau Köhl (Soz.): Die Vorschläge des Ausschusses sind mangelhaft.

Abg. Frau Neuhous (Senarum): Eine Gleichstellung der Ehe mit anderen Verbindungen würden wir als verhängnisvoll halten. Auch die Gleichstellung der unehelichen Kinder mit den ehelichen geht zu weit. Gewiß sollen sie eine rechtliche und gesellschaftliche Sicherheitsstellung erhalten.

Abg. Frau Bräuner (Demokrat): Keine Fiktion meine, daß die Rechte der unehelichen Kinder nicht in der Verfassung, sondern in einem besonderen Gesetz festgelegt werden sollen.

Abg. Frau Gerke (D.-R.): Wir sind der Meinung, daß Ehe und Familie im Volksbewußtsein ihren besonderen geheiligten Platz behalten müssen.

Abg. Frau Sieg (L. S.): Der bisherige Rechtszustand ist eine bittere Ungerechtigkeit gegenüber dem unehelichen Kind und seiner Mutter.

Nach weiteren Bemerkungen der Abg. Burlage (Str.) und Kogenstein (Soz.) berichtet Abg. Kunari (L. S.) ausführlich über die Aufgebote des von den Unabhängigen geforderten Reichsministeriums für Volkshege und wird vom Ministerpräsidenten Hausmann wiederholt auf die Uebertragung der verarbeiteten Reden hingewiesen. (Zuruf der Unabhängigen: Es gibt keine Redezeit.)

Darauf schließt die Besprechung.

Nächste Sitzung Donnerstag 9 1/2 Uhr vormittags. Vertagung 9 1/2 Uhr.

Deutsches Reich.

Das Schicksal der pfälzischen Steinkohlenbergwerke.

Mit der Ratifizierung des Friedensvertrages geht der gesamte Besitz der staatlichen pfälzischen Steinkohlenbergwerke St. Ingbert, Bergba und Frankendolz, wie auch die gesamten ehemals kal. preussischen Saargruben an den französischen Staat über. Die Grube St. Ingbert war 104 Jahre, seit 1815 in deutscher Hand und hat sich in diesem Jahrhundert zu einem ansehnlichen Betrieb emporgearbeitet. Ebenso waren die Saargruben seit 1815 ununterbrochen in deutschem Staatsbesitz. Die Saargruben beschäftigten 1816 noch nicht einmal 1000 Mann, während am 1. Juni 1919 rund 88.000 Mann dort arbeiten. Seit 1915 wurden in den Saargruben im ganzen 414.608.029 T. Kohlen gefördert und ein Ueberschuß von 633.926.980 Markt an die preuß. Staatskasse abgeliefert. Das seit an Frankreich abzutretende Kohlengebiet umfaßt ein Berechtigungsgebiet von 110.923 Quadratkilometer. Der Kohlenreichthum des Gebietes ist gewaltig; nach im Jahre 1911 angestellten Berechnungen sind bei einer Jahresförderung von 11-12 Millionen Tonnen noch für 500 Jahre Kohlen vorhanden, wenn nur bis zu einer Tiefe von 1000 Metern abgebaut wird. So wird das Kohlengebiet der Westpfalz und des Saargebietes, das ununterbrochen Saargruben noch auf viele Genera-

tionen hin in der Lage sein, den Bedarf des eigenen Landes wie den der Nachbarstaaten zu decken. Die Grube St. Ingbert beschäftigt 1000-1200 Mann in den letzten Jahren und hatte eine tägliche Produktion von 800-900 Tannnen.

Teilweiser Protest gegen die Vereinheitlichung der Steuer-Verwaltung.

Berlin, 17. Juli. (Von unserem Berliner Büro.)

Wie aus Weimar gemeldet wird, bereiten die Regierungen von Bayern, Sachsen, Württemberg und Hessen einen gemeinsamen Schritt bei der Reichsregierung gegen die Vereinheitlichung der Steuerverwaltung gegen das Reich. Dagegen wollen sie sich mit der Reichseinkommensteuer als einer absoluten Notwendigkeit abfinden. Der Weimarer Offiziosus der „Deutschen Allgemeinen Ztg.“ demüthigt sich inzwischen, die süddeutschen Regierungen zu beruhigen: „Die reichseigene Steuerverwaltung ist weiter nichts als die energische Konsequenz aus der Reichseinkommensteuer und ermöglicht erst ihre Ausbarmachung für das Reich in dem notwendigen Umfange. Es kann nicht genug darauf hingewiesen werden, daß die kulturellen Interessen der Bundesstaaten durch die geplante Neuordnung in keiner Hinsicht geschädigt werden. Reichsfinanzminister Erzberger hat ausdrücklich zugesagt, daß für alle wirtschaftlichen und speziell kulturellen Zwecke der Bundesstaaten besondere Dotationen zur Verfügung gestellt werden sollen. Ebenso darf nicht übersehen werden, daß auch irgendwelche Eingriffe in die Verwaltung der Bundesstaaten nicht stattfinden, da der gesamte Finanzapparat der Bundesstaaten durch das Reich übernommen wird und der Ausbau dieser Behörde ebenfalls durch Staatsangehörige der Bundesstaaten zu erfolgen hat.“

Nach Eichhorns Sündenregister.

Berlin, 17. Juli. (Von unserem Berliner Büro.)

Ueber Herrn Eichhorns Regiment hat man gestern im Untersuchungsausschuß der preussischen Landesversammlung, den die Unabhängigen durch ihren Austritt zu sprengen suchten, neuerdings wieder allerlei Erbauliches vernommen. So sind den von Herrn Eichhorn etatswidrig angestellten Dezerementen 267.000 M ohne genügende Belege ausgezahlt worden. Es fehlen auch die Belege über die gewählten Summen, die die Eichhornischen Sicherheitsmannschaften erhalten haben. Spurlos sind 100.000 Zigarren und 170 geräucherter Schinken verschwunden, welche vom Polizeipräsidenten beschlagnahmt wurden. Von einer aus Rumänien eingetrossenen großen Geldsumme sind auf dem Schiffschein Bohnd durch die Eichhornischen Sicherheitsmannschaften 5-6 Millionen geraubt worden. — Und einem solchen Verbrecher ist nach feierlichstem freies Geleit zugesichert worden.

Behandlung der Befragung von „D. 96“.

Berlin, 17. Juli. (Von unserem Berliner Büro.)

Über die Behandlung, welche die Befragung des Torpedobootes „D. 96“ erfuhr, als dieses vollkommen ahnungslos kurz nach der Verfertigung der deutschen Schiffe mit Heinstapeln in der Scapa-Flow-Inseln, geht ein heutiges Blatt der Bericht eines Augenzeugen zu, aus dem wir folgendes entnehmen: Ein Zerstörer kam sofort auf uns zu. Er war vorher verhaftet gehalten und bis an die Spitze bewaffnete Engländer fürchten sich sofort auf das deutsche Boot. Der englische Kommandant hielt dem deutschen den Revolver auf die Brust. Da sich die Engländer sofort sämtlicher Maschinen- und Heizräume bemächtigt, konnte der Befehl des deutschen Kommandanten, das Boot zu verlassen, nicht mehr ausgeführt werden. Dann wurde das Boot von den Engländern in schwachster Weise gesäubert und ausgeräubert. An den Ueberlebenden beteiligten sich auch englische Offiziere. Das den Deutschen gehörige Geld und andere Dinge waren verschwunden.

Der Landarbeiterstreik.

Berlin, 16. Juli. (BB.) Die preussische Staatsregierung hat beschlossen, die Untersuchungssekretäre Dr. Meyer vom Ministerium des Innern und Kretzinski vom Kriegsministerium nach Straßburg als Kommissäre mit den weitgehendsten Vollmachten sofort zu senden, um an Ort und Stelle in Straßburg und Urfachen des Landarbeiterstreiks zu prüfen und möglichst Abhilfe zu schaffen. Nach Prüfung der Verhältnisse sind die Kommissäre in die Lage versetzt, den Befragungszustand über Straßburg eventuell aufzuheben und den Arbeitszwang zu befehligen.

Straßburg, 16. Juli. (BB.) In dem Landarbeiterstreik haben heute Vormittag neue Verhandlungen zwischen dem Arbeiterverband und dem pommerischen Landbund begonnen.

Bürgerstreik in Stalsund.

Berlin, 16. Juli. (B. B.) Der „Abend“ meldet aus Straßburg: Der als Ueberwindung angekündigte Bürgerstreik setzte heute nachmittags ein. Das öffentliche Leben liegt still. Die Gastwirte warnen die Fremden vor Zugang, da sie kein Unterkommen gewähren können. Eine Kommission von drei Parteimitgliedern und zwei bürgerlichen Vertretern ist zu Reichsminister Koste gereist, um mit ihm über den Streik und Landstreik zu verhandeln.

Südwestdeutscher Kanalverein.

Man muß in Baden anerkennen, daß der Südwestdeutsche Kanalverein, abgesehen von seiner Geschicklichkeit in württembergischen Händen ruht, mehr und mehr sein Hauptziel, die Rhein-Donau-Verbindung, in den Vordergrund seiner Arbeit rückt. Es ist ihm nicht so sehr darum zu tun, lediglich eine große Redaktionsanstalt durchzuführen, wie sie der frühere Oberbürgermeister Dr. Beck von Mannheim kennzeichnete, als die Großschiffahrtsstraße vom Rhein bei Mannheim bis zur Donau und weiterhin nach dem Osten in die Wirtschaft umzuweisen.

Deutsch trat dieser weltwirtschaftliche Gedanke in der letzten Sitzung der Vorstandssitzung des Vereines zutage, die am 12. Juli in Heilbronn abgehalten wurde. Die Tagesordnung enthielt einen technischen und einen wirtschaftlichen Teil. Die verschiedenen technischen Gegenstände, die das Projekt der für den Südwestdeutschen Kanalverein arbeitenden badischen Firma Grün und Biffinger gegenüber den bisher konkurrenzlosen staatlichen Entwürfen notwendig bringen mußte, wenn anders der Kanalverein nicht lediglich eine Kopie der Staatsprojekte haben wollte, wurden in Gegenwart einiger staatlicher Vertreter durch die Vorstandsschaft besprochen. Baden kann sich nicht energisch genug für die Ränge des Kanalvereines einsetzen, die selbst gegen einzelne württembergische Vorkämpfer des Gesichtspunktes der Großwasserstraße, wie sie Baden verlangen muß, hochhalten.

Nach dem zweiten Teil der Tagung mit seinen sehr genauen wirtschaftspolitischen Darlegungen bemerkte, daß die Rhein-Donau-Verbindung, sei es nun über den Main oder den Neckar, seit Friedensschluß eine internationale Angelegenheit geworden ist. Klar geht aus den Friedensbedingungen der Entente hervor, welchen Wert sie einer Rhein-Donau-Wasserstraße beilegt und welches ihre eigenen Absichten damit sind. Frankreich (und die Schweiz) streben nach dem Ausbau der Wasserstraße von Straßburg bis Basel und Konstanz und denken hierbei an die gleichzeitige Durchführung eines Schiffahrtswegs vom Rhein-Donau-Kanal her über den Oberrhein nach der Donau bei Ulm. England und Belgien dagegen (benzo Holland) können sich mit dem weiten Umweg über den Oberrhein nicht anverwandeln erklären und suchen deshalb den Rhein-Donau-Kanal mehr nachwärts zu verlegen. Nimmt man Straßburg als Mittelpunkt der Interessen, so gewinnt die West-Don-Verbindung über den Neckar, also über Mannheim, die größte Bedeutung. Es ist allerhöchste Zeit, daß sich Baden (nicht allein sein Unterland) solcher Möglichkeiten be-

mußt wird und gemeinsam mit Württemberg für die Rhein-Neckar-Donau-Wasserstraße tatkräftig eintritt. Eng verknüpft damit ist die Frage der Rettung der Wasserkräfte zwischen Basel und Konstanz, auf deren badischen Teil die Entente der Schweiz im Friedensvertrag ein Recht gegeben hat. Die süddeutschen Staaten können hier nichts ohne gegenseitige Unterstützung tun.

Baden.

Aus den Beratungen des Haushaltsausschusses des Landtags.

Karlsruhe, 17. Juli. Die Beratung des Haushalts für 1920 zum Staatsparlament für 1919 wurde gestern im Haushaltsausschuß bei der Abteilung Ministerium des Innern fortgesetzt. Im allgemeinen haben die eingehenden Positionen zu Verhandlungen keinen Anlaß. Bei dem Titel: Errichtung eines Preßebüros der Regierung erklärte der Vertreter der Parteien, mit Ausnahme der Deutschnationalen, deren ihre Zustimmung. Es wurde beantragt, daß die letzte Kammer die Bedeutung der Presse erkannt und sich durch die Pressebildung darüber informieren läßt, welche Stellung die badischen Zeitungen zu der Regierung und ihren Maßnahmen auf allen Gebieten des politischen und wirtschaftlichen Lebens einnehmen. Es werden in dieser Preßebildung 144.144 Mark und 10 monatliche Hefen gezahlt. Bei dieser Gelegenheit erwähnte auch ein Redner den Namen, Karl Kraus. Hierzu erklärte der Minister, daß Kraus nicht in der Regierung beschäftigt werde, sondern im Interesse der Reichsregierung. Während des Antrages habe er sich als Redakteur betätigt. Während des Antrages habe er sich als Redakteur betätigt. Während des Antrages habe er sich als Redakteur betätigt. Während des Antrages habe er sich als Redakteur betätigt.

Bei der Reorganisation von Beamtenstellen wies ein demokratischer Redner auf die nach seiner Auffassung zu bezeichnende Abnahme der Zahl mancher höheren Beamten hin. Der Reichsminister forderte, daß man nicht die Stellen aushebe, sondern höhere Gehälter zahlen solle. Ein sozial. Redner befürwortete bei der Einstellung von Schulgehilfen nicht auf der Altersgrenze von 65 Jahren zu beharren. Der Minister erwiderte, daß früher 60 Jahre festgesetzt waren; man sei nunmehr auf 55 Jahre gekommen. Aber die Organisations der Schulgehilfen selbst verstanden, daß darüber nicht hinausgegangen werde. Es wurde den Schulgehilfen für ihren schweren Dienst Anerkennung gezollt. Für die Städte Mannheim, Heidelberg, Karlsruhe und Freiburg ist die Anstellung in einer Pensionskassen in Aussicht genommen.

Vom badischen Städtetage.

Karlsruhe, 16. Juli. In der letzten Woche ging durch die Presse die Nachricht, daß am 7. Juli in Karlsruhe eine Oberbürgermeisterkonferenz stattfände. In diese Mitteilung war von einer Korrespondenz die Bemerkung gefügt, daß diese oberbürgermeisterlichen Konferenzen endlich aufhören und dafür die Städtekonferenzen treten müßten, wie das von den badischen Kollegen schon längst gewünscht wird. Hierzu, so schreibt das Karlsruher Städtische Nachrichtenamt, ist zu bemerken, daß die Oberbürgermeisterkonferenzen schon seit längerer Zeit nicht mehr stattfanden, dagegen trat seit der Gründung des Verbandes der badischen Städte der Städteverband im Herbst 1918 (badischer Städteverband) der Verband dieser Verbände in Kraft. In ihm werden alle die Städte gemeinsam vertreten, den Fragen erörtert. Die Gründung des Verbandes, ebenso wie die Feststellung seiner Satzungen ist von den Stadträten der Verbände beschlossen worden. Die Satzungen treffen auch Bestimmungen über die Einberufung des Städteverbandes. Hiermit ist der „Badische“ seiner Korrespondenz tatsächlich schon verpflichtet. Im Zukunft wird die Presse Mitteilung über die verschiedenen Verhandlungsergebnisse der Städtekonferenzen von berufener Stelle erhalten.

Letzte Meldungen.

Der Fall Mannheim — ein „allddeutsches Verbrechen“.

Berlin, 16. Juli. (BB.) Die Berliner Abendblätter beschäftigen sich sämtlich mit dem Fall Mannheim und sagen einmütig, daß die allddeutschen Blätter seit Wochen nicht aufgehört hätten, fortgesetzt zu behaupten, die französischen Willkür in Berlin hätten eine aufreizende Haltung eingenommen. Der „Temps“ hebt hervor, daß der Vorfall der Deutschen Friedensdelegation, Freiherr von Besner, in einer eigenhändig unterschriebenen Note vom 10. Juli der französischen Regierung auftrug, das Verhalten der deutschen Regierung über den Vorfall ausgeprochen und Biedergutmachung angeboten habe. — Besonders heftig sprechen sich „Intransigant“ und „Liberte“ über den Zwischenfall aus. Deres Blatt sagt, es sei notwendig, daß die Regierung in Berlin das Volk davon überzeuge, daß im Falle derartige Vorfälle wiederholten, das ganze Land für das Verbrechen zur Rechenschaft gezogen werde. Auch ein Emser Zwischenfall wird mit dem Berliner Zwischenfall in Verbindung gebracht. Nach dem soll auch eine deutsche Frau auf einen Franzosen geschossen und ihn verwundet haben. Die „Liberte“ schreibt: Die Unerschütterlichkeit der Besten kennt keine Grenzen, seitdem sie wissen, daß eine deutschfreundliche Widerwehr sich bei uns Aufregungen gestattet, um die Kapitulation des Friedensvertrages zu verhindern. Nach der „Liberte“ hat man es mit einem allddeutschen Verbrechen zu tun. Die Ermordung Paul Mannhells sei die logische Folge anderer unbestraft gebliebener Missetaten, wie die der Verfertigung der Flotte bei Scapa Flow und der Verberennung der französischen Fahnen in Berlin.

Graf Wedel über das Verhältnis Deutschlands zu Deutsch-Oesterreich.

Berlin, 17. Juli. (Von unserem Berliner Büro.)

Bei seinem Abschied von Wien erklärte Graf Wedel einem Ausfrager u. a.: Innige Freundschaft werde Deutschland und Deutsch-Oesterreich verbinden, bis die völlige Vereinigung, welche eine Naturnotwendigkeit sei, erfolgt sei. Die erste Aufgabe würde für Deutschland sein, im kommenden Winter Deutsch-Oesterreich mit Lebensmitteln und Kohlen zu unterstützen.

Spilak a. d. Drau, 16. Juli. (BB.) Korrespondenzbüro.

Trotz des strikten Auftrages der Entente räumten die Jugoslawen gestern weder Kraginjur, noch gingen sie auf die neudefinierte Demarkationslinie zurück. Rur im Banat wurden aus einigen Orten die Truppen zurückgezogen. Die Bevölkerung ist hierüber äußerst erbittert und erwartet, daß die Entente endlich ihren eigenen Anordnungen den Jugoslawen gegenüber Achtung verschaffen werde.

Anerkennung der schweizerischen Rechte auf den Rhein.

Bern, 16. Juli. (BB.) Schweiz. Dep. Agentur. Die Niederländische Gesandtschaft überreichte dem schweizerischen politischen Departement eine Note, in der ausdrücklich die Erklärung abgegeben wird, daß die niederländische Regierung die Schweiz als Uferstaat des Rheins mit allen damit verbundenen Vorrechten anerkenne. Nachdem die alliierten Staaten sowie Deutschland durch die Annahme der Art. 354-355 des Versailler Vertrages der Schweiz denselben Vorteil eingeräumt haben, sind deren Ansprüche auf den Rhein mit der Erklärung der holländischen Regierung endgültig anerkannt.

Große Käufte in Norwegen.

Christiania, 17. Juli. (BB.) Die staatlichen Lager von Heringsmehl und Schellfischmehl in Frolner und Soerengen wurden für 1 1/2 Millionen Kronen nach Deutschland verkauft. Es handelt sich dabei um 3000 Tannnen Heringsmehl und 1000 Tannnen Schellfischmehl zu je 350 Kronen pro Tonne. Der Käufer ist eine deutsche Genossenschaft.

Zum bulgarischen Friedensvertrag.

Paris, 16. Juli. (Eigener Drahtbericht indirekt.) Die bulgarischen Friedensbedingungsbedingungen werden für den 25. Juli in Paris erwartet. Der Vertragsentwurf für Bulgarien wird jedoch bis zu diesem Zeitpunkt nicht fertiggestellt sein können, da er eine große Zahl äußerst verwickelter Fragen aufwirft, vor allem von neuem alle Balkanprobleme. Die Griechen, Serben und Rumänen werden sich äußern müssen, bevor ein endgültiger Beschluß gefaßt werden kann.

Brüssel, 16. Juli. (B. B.) Der „Libre Belgique“ wird aus

Ramur berichtet, daß ein englischer Dampfer, der eines Gewitters wegen landen wollte, abstürzte. Der Pilot ist schwer verletzt, zwei Passagiere tot.

Aus Stadt und Land.

Drachloses Fernsprechen.

Zu den Fortschritten, die in den letzten Jahren auf dem Gebiete der drahtlosen Telegraphie, namentlich auch der drahtlosen Schnelltelegraphie, erzielt worden sind, hat sich vor kurzem insofern ein weiterer erfreulicher Erfolg gefügt, als es gelungen ist, das drahtlose Fernsprechen zu einem praktisch verwendbaren Verkehrsmittel auszugestalten. Die Erreichung dieses Zieles hat sich das Reichspostministerium deswegen besonders angelegen sein lassen, weil der drahtlose Fernsprechverkehr im Gegensatz zur drahtlosen Telegraphie ein ausgebildetes Personal für die Bedienung der Apparate erfordert und insofern sich zur Nachrichtenübermittlung für weite Kreise mehr eignet. Nach dem neuesten Stande der Technik ist ein drahtloses Fernsprechen jetzt tatsächlich möglich. Die auf diesem Gebiete gemachten Vorversuche haben zu einem günstigen Ergebnis geführt. U. a. ist vor kurzem versuchsweise mit Hilfe der Gesellschaft für drahtlose Telegraphie m. b. H. (Telefunken) zwischen den großen Elektrizitätswerken in Kummelsburg und in Dierschönweide eine drahtlose Fernsprechverbindung eingerichtet worden. Die Anlage ermöglicht ohne jede Drahtverbindung eine gute Sprechverständigung in beiden Richtungen.

Der Anruf erfolgt durch einfaches Drücken auf einen Knopf. Bei der Gegenfahrt wird dadurch ein gut hörbarer, heller, summenartiger Ton erzeugt. Im übrigen besteht in der Überwindung des Geräusches gegenüber dem Fernsprechen mit Drahtleitung kein Unterschied. Die Mittel, mit denen die Übertragung der Sprache erreicht wird, sind verhältnismäßig einfach. Sie bestehen in der Hauptsache aus einem sog. Mikrofon und einem Audionempfänger, beide äußerlich als Glühlampen erkennbar, die in besonderen Kästen untergebracht sind und während des Betriebes durch den elektrischen Strom zum Leuchten gebracht werden. Durch den Röhrenleucht werden ungedämpfte elektrische Wellen von sehr hoher Schwingungszahl erzeugt, die beim Sprechen in das Mikrofon Berührungen erleiden. Diese werden im Empfänger aufgenommen und im Fernhörer als gesprochenes Wort zu Gehör gebracht. Bei jeder Station befinden sich zwei P. -Antennen (Antennen). Hierdurch wird es ermöglicht, daß bei beiden Vorstellen gleichzeitig gehört und gesprochen werden kann. Nach den bei den Versuchen gemachten Erfahrungen ist zu hoffen, daß der Fernsprecher ohne Draht neben dem Drahtfernsprecher bald eine wichtige Rolle unter den Nachrichtenverkehrsmitteln spielen wird.

Jahrl bargeldlos.

Die Unterbadische Landesstelle zur Förderung des bargeldlosen Zahlungsverkehrs erhielt von einem bekannten Mannheimer Handwerksmeister den nachstehend abgedruckten Brief, der allgemeine Beachtung verdient:

Hierdurch will ich Ihnen meinen Dank sagen, daß Sie mich voranloßt haben, mich ein Postcheckkonto zu nehmen. Wenn ich daran denke, was ich früher bei dem veralteten Postanweisungverkehr an Zeit durch Warten an den Postschaltern verloren, was ich unnötig an teurem Porto ausgegeben habe, und damit vergesse, wie ich heute bequem nach Feierabend an Schreibisch zu Hause meine Zahlungen erledige, und daß meine Kunden, die den bargeldlosen Verkehr kennen, mich jetzt viel schneller bezahlen, so muß ich sagen: „Ich bin glücklich, daß ich Ihrem Rat gefolgt bin.“

Wärdte doch jeder zu seinem eigenen Vorteil meinem Beispiel nachahmen. Es grüßt

Hochachtungsvoll
gez. B. Schlossermeister.

Vom Bier und von hierähnlichen Getränken.

Baden ist mit Wirkung vom 1. Juli d. J. der seit her norddeutschen Brauereigenossenschaft beigetreten. Von diesem Zeitpunkt an finden deshalb auf Baden die Vorschriften der Verordnung des Reichsernährungsministeriums über Bier und hierähnliche Getränke Anwendung. Der Herstellerhöchstpreis beträgt hiernach einschließlich der Steuer für unergänziges und obergäriges Bier 30 Mk. für hundert Liter in Fässern statt bisher 38 Mk. Dieser Herstellerpreis bleibt unter der in jüngster Zeit erhobenen Forderung der Brauereien, die mit Rücksicht auf die außerordentliche Steigerung ihrer Löhne, insbesondere der Löhne, die Zulassung eines Herstellerpreises von 42 Mk. für 100 Liter beantragt hatten. Das Ministerium hat nach einer amtlichen Mitteilung der „Korler Ztg.“ bei dieser Sachlage davon abgesehen, einen niedrigeren Herstellerpreis als 30 Mk. pro Hektoliter festzusetzen. Insofern der Preis von 30 Mk. namentlich für die in den Städten mit besonders großer räumlicher Ausdehnung gelegenen Brauereien nicht ausreicht, kann der Reichsernährungsminister höhere Preise festsetzen. In einer Aufsehung über eine Sitzung des Vorstandes des Reichsernährungsministeriums ist hierzu bemerkt:

„Der Preis von 30 Mk. einschließlich Steuer entspricht einem Vorkaufspreis von 20 Mk. pro Woche für getrennte Arbeiter, die, die einen höheren Lohnfuß haben, und räumlich weit ausgebreitet sind. Können eine Erhöhung des Höchstpreises beantragen. Es war nicht möglich, die Abwärtsbewegung, wie sie in den großen Städten mit hohen Lohnmärkten vorgenommen werden mußte, auf das ganze Reich auszudehnen. Dieses Verfahren hätte zu großen Unrechtsverhältnissen gegenüber den Gastwirten in kleineren Städten und auch zu erhöhten Lohnforderungen seitens der Arbeiter bei den landlichen Brauereien geführt. Es ist

daher g. mäßiglich der Preis auf 30 Mk. (einschließlich Steuer) festgesetzt und die Möglichkeit gegeben worden, in größeren Orten mit Lohnmärkten über 30 Mk. einen höheren Höchstpreis zu beantragen. Die Voraussetzung, daß es sich um Orte mit großer räumlicher Ausdehnung handelt, ist aus dem Grunde gestellt, weil in diesen Orten die Löhne für die Zufuhr des Bieres an den Gastwirt sehr hoch sind. Im allgemeinen wird bei den Ausnahmen keine höhere Lebensführung des Höchstpreises von 30 Mk. als 3 Mk. vorgenommen werden. Es ist eine Höchstpreiserhöhung von 150 Mk. bei Lohnmärkten bis zu 100 Mark die Woche als angemessen und von 3 Mk. bei Lohnmärkten bis zu 120 Mk. die Woche angesehen worden.“

Nach einer Mitteilung des Reichsernährungsministeriums an den deutschen Brauereibund werden Gesuche hierwegen von den örtlichen Brauerei-Vereinigungen an die volkswirtschaftliche Abteilung des Reichsernährungsministeriums unmittelbar eingereicht. Besuche einzelner Brauereien können nicht berücksichtigt werden. Die Ausschankpreise der böhischen Vollzugsverordnung sind nach eingehender Aussprache mit Interessenten und Verbrauchern sowie mit Zustimmung des Ernährungsbeirates festgesetzt worden. Da in der Vollzugsverordnung für die Brauereien der größeren Städte eine Erhöhung des Herstellerpreises vorgesehen ist, wurde auch in der böhischen Vollzugsverordnung für den Ausschankpreis der Gatt- und Schantwirtschaften in den größeren Städten eine ähnliche Ausnahme vorgesehen; zusätzliche Stelle zur Festsetzung dieser Preise ist das Landespreisausschuss. Die Brauereien und Inhaber von Gast- und Schantwirtschaften werden gegen Unterfertigung auf die neuen Bestimmungen hingewiesen. Bei Preisüberbrechungen wird strafgerichtliche Verfolgung herbeigeführt. Besonders scharf werden die nach § 5 der Verordnung des Reichsernährungsministeriums vorgeschriebenen Ausschankpreise kontrolliert. Jährliche Abrechnungen gegen die Vorschriften unterliegen der Strafbefugnis der Bezirksämter.

* Kirchliches. Der Evangelische Oberkirchenrat hat nach Zustimmung des General-Synodalausschusses die evangelischen Pfarrer Emil Schweichardt in Altmannsdorf, Karl Dießlin in Gauangeloch und Kirchenrat Albert Hoehler in Singen b. D. auf Ansuchen in den Ruhestand versetzt. — Pfarrverwalter Ernst Fündt in Mannheim-Neudorf wurde zum Pfarrer der evangelischen Nordpfarre Mannheim-Neudorf ernannt.

× Veränderungen im höheren Justizdienst. Wie der Staatsanzeiger meldet, wird Senatspräsident Rudolf Weidner von Urneburg beim Oberlandesgericht in Karlsruhe in den Ruhestand treten. Zu seinem Nachfolger wurde Oberlandesgerichtsrat Dr. Otto Fürst ernannt. Ferner tritt Landgerichtspräsident Heinrich Effenlohr in Freiburg in den Ruhestand; sein Nachfolger wird der bisherige Freiburger Landgerichtsdirektor Hink. Senatspräsident Fritz von Weidner gehört zu den ältesten richterlichen Beamten Badens. Er war vor nahezu 50 Jahren in den badischen juristischen Dienst eingetreten und in dieser langen Zeit u. a. mehrere Jahre Landgerichtsdirektor in Mannheim und in Karlsruhe. Seit 1911 bekleidete er das Amt des Senatspräsidenten. Sein Nachfolger Dr. Fürst wurde im Jahre 1882 in den Justizdienst aufgenommen. Er war von 1887 ab einige Jahre Amtsrichter in Überlingen, wurde dann nach Karlsruhe versetzt, wo er als Amtsrichter und Landgerichtsrat, seit 1904 als Oberlandesgerichtsrat tätig ist.

* Die Beschäftigung Schwerbeschädigter. Der Reichsarbeitsminister hat in Abänderung der seinerzeit erlassenen Verordnung über die Beschäftigung Schwerbeschädigter bestimmt, daß Schwerbeschädigte — denen nach den seit herigen Bestimmungen frühestens zum 1. Juli 1919 gekündigt werden durfte, — frühestens zum 1. September 1919 gekündigt werden darf. Bereits ausgesprochene Kündigungen sind erst zu diesem Zeitpunkt wirksam. In diesen Fällen können etwa schon entlassene Schwerbeschädigte, sofern sie unterjährig die Beschäftigung bei dem bisherigen Arbeitgeber wieder aufnehmen, für die in der Kündigung nicht geteilten Dienste die vereinbarte Vergütung verlangen, ohne zur Nachleistung verpflichtet zu sein; eine aus Anlaß der Kündigung bewilligte Abfindung kann der Arbeitgeber zurückfordern.

* Kriegserlöste der badischen Justizbeamten. Im Justizministerialblatt für Baden wird über die Kriegserlöste der badischen Justizbeamten u. a. mitgeteilt: Gefallen sind 16 oberer Justizbeamte, 10 obere Verwaltungsbeamte, 21 Rechtsanwältinnen, 31 Gerichtsassessoren und 30 Rechtspraktikanten; vernichtet werden 4 Rechtspraktikanten.

*) Der Kreisvertrag des 10. deutschen Tarifvertrages wird am 3. August in Offenbach abgeschlossen. Der Preis, der Baden, Elsch-Bohringen und die Pfalz umfaßt, ist durch die politischen Veränderungen stark zusammengesunken.

p. Hochkonjunktur herrscht seit der Aufhebung der Blockade in dem an der Rheinbrücke stehenden Teile des Schloßgartens. Aus den hundert, die in den ersten Tagen dort sich als Verkäufer und Käufer sammelten, sind tausende geworden. Es erwideln sich dort Szenen, die verblenden, als kriegerische Erinnerung an wilde Festlichkeiten zu werden. Unsere furchtbare wirtschaftliche Not kommt in dieser förmlichen Rausch nach Dingen zum beredtesten Ausdruck, die wir seit her erleben mußten. Marktgängigste Ware ist Schokolade, die in steilen Jähren zu haben ist, ebenso Seltene. Erstere variiert ja nach Qualität zwischen 3 und 7 Mark die Tafel. Die Kernseifen zugehen trotz einseitigem Gewichte eine Spannung im Preise von 4,20—5,50 Mk. das halbe Pfund. Stark gehandelt wird auch englischer Tabak und Zigaretten von den feinsten zu 4,20 Mk. 10 Stück bis zu 6,50 Mk. 25 Stück. Saisonal wird von 24 Mk. an das Liter ausgeboten, Fette das Pfund zu 9 Mk. Sogar ein Schwarzenagen von 4 Pfund Gewicht wurde ausbezogen, sehr jedige Ware,

aber der Traum war nichts weniger als ein wahrer Jakob, er verlangte 40 Mk. „Ich warre noch ein wenig“, meinte er, als sich keine Käufer zeigte, „morgen frische ich noch mehr dafür“. Es herrscht an dem Verkaufspitze ein Getriebe, wie auf einem großen Jahrmarch, nur fehlen die Buden. Hier und da werden die Waren ausgepackt. Gestern Nachmittag erschien plötzlich die Volkswirtschaft auf der Blütsche und nahm einige Verkäufer mit „Hände hoch“ fest. Von sozial-wirtschaftlichen Standpunkt aus ist dieser wilde Handel natürlich ebenso zu verurteilen wie das Zwischenhändler- und Schieberium, denn er erschwert in hohem Grade die langsame Einstellung auf die geordnete Friedenswirtschaft. Ein großer Teil der Waren wird nicht von Verbrauchern, sondern von Leuten gekauft, die wieder ein Geschäft damit machen. Es ist zu hoffen, daß der gegenwärtige Zustand von selber aufhört wird, wenn durch die Auslandszufuhr, namentlich aus den neutralen Staaten, eine Senkung der Waren zu erwarten ist.

Mannheimer Künstlertheater „Apollo“

„Der Hias“ ist wieder in Mannheim eingeleitet und hat mit seiner unübersehbaren Schönheit, dem urwüchsigen bayerischen Humor, seiner Biederkeit und echt deutschen Treue von neuem sofort einen tiefen Eindruck gemacht. Die Handlung ist zeitgemäß umgestaltet. Die Kriegsjahre wirken schon etwas historisch. Man fühlt, wenn die Handlung, sei es nun plastisch oder im Film, sich abrollt, daß derartige Ereignisse nunmehr hinter uns liegen. Dieses Bewußtsein erleuchtet selbst im Hinblick darauf, daß wir uns, als uns der Hias zum erstenmale befaßte, den Frieden ganz anders vorgestellt haben, als er in Wirklichkeit ausgefallen ist. Die Darstellung des Dreierlagers ist wieder vorzüglich. Die Hauptpersonen haben geschäftelt. Der Hias ist noch urwüchsiger und temperamentvoller als das letztmal und hat deshalb die Sympathien des ganzen Hauses auf seiner Seite. Aber auch die anderen Rollen sind gut besetzt. Wir nennen den intrigantigen Hausknecht Goston, die reizende Jose Klette, die deutschgeformte Hausdamen Angie, den hohlerfüllten Diener Jean auf der französischen, den heidenmütigen, vornehm gefinnenen Leutnant Bengern, den Hias, eine unkopierbare Type, den Burschen Wost auf der deutschen Seite. Der zugkräftigste Teil des Stückes, das starke Beifall fand, ist wieder das Kompositionsteil im zweiten Akt, bei dem als besondere Zugnummern zwei unübersehlich komische Grottesk-Krochoten und ein Kraftmenschen auftreten, der die Echtheit des Haarbofes und der Zähne beweist, Eisenstangen biegt und sonstige erstaunliche Leistungen vollbringt. Man hört weiter gute Vorträge, der Hias' lang Schubplattler mit einem reizenden Birndl, die Kompositionsmutter zaubert usw. Also ein komplettes Varieteeprogramm. Auf diese Weise wird den verschiedensten Geschmackströmungen Rechnung getragen. Eine Erneuerung der Bekanntheit mit dem fampatischen Hias ist umso mehr zu empfehlen, als ein Teil der Einnahmen wohltätigen Zwecken zuzuführen ist.

Vergnügungen.

*) Opern-Abend. Einen großen Kunstgenuß bietet heute Donnerstag im Kaiser Friedrichsbau, Breitenstraße, J. 1. 1/2, das bayerische täglich konzertierende Künstlerinnen-Orchester. Wohlhabend durch die Veranstaltung eines Opern-Abends mit besonderem gut gewähltem Programm. Infolge der großen Beliebtheit, dessen sich das vorzügliche Orchester hier erfreut, wird auch der heutige Opern-Abend ohne Zweifel wieder allgemeinen Beifall finden.

Mannheimer Strafkammer.

*) Strafkammer I. (Sitzung vom 15. Juli.) Vorsitzender: Senatspräsident Dr. Bendler.

„Nieder Schieber und Kriegsgewinnler!“ lautet die Überschrift eines Briefes, die ein in der August-Verlosung wohnender Privatmann, früherer Heeresoffizier, im Mai ds. J. empfang, und in denen er von einem Westfälischen „Bund der Jüdisch“ aufgefordert wurde, aus seinen Kriegserlösen 24.000 Mk. in bar oder 40.000 Mark in Kriegsscheine abzulassen. Das Geld möge einem Kinde übergeben werden, das den Weg zum Bahnhof einschlagen solle. Als der Erlös ausblieb, kam ein zweiter Brief, in dem die Forderung auf die Hälfte ermäßigt war. Der „Bund der Jüdisch“ mußte die Enttäuschung erleben, daß der reiche Mann sich nicht erweichen ließ und gar deshalb in einem dritten Briefe zu dem Soldatenmoral, daß er behauptete, er habe inzwischen auswärts „gute Geschäfte“ gemacht, daß die Forderung auf 3000 Mark ermäßigt werden könne. Wenn der Bund übrigens voraus hätte sehen können, daß Herr W. der Aufforderung nicht nachkommen werde, so hätte ein Mitglied des Bundes, ein früherer Kunstschüler, es nicht verabsäumt, ihm einige Bücher in seine Spargelbüchse zu legen. Die Polizei legte dem Bund eine Falle, aber infolge der Unkenntnis der Strafen wegen der Korbentnahme, tat sie erst in der dritten Nacht ihre Schuldigkeit. Ein Hildesheimer Junge erhielt das verordnete Patent. Der darauf gewartet hatte, war ein junger Mensch, der 18 Jahre alte Brauerlehrling Friedrich P. aus Wöhrn, dem Schuldliteratur und schickliche Pläne anheimden die Eheanfertigung verweigert haben. Er war nicht lange vorher seinen Eltern entzogen, um Gluckseligkeit zu wechen. Das Urteil der Strafkammer lautete auf 6 Monate Gefängnis.

Eine letzte Spitzbüberei wurde unlängst einer Einbrecherbande zum Verhängnis. Neben Treibriemen, Federbetten, Haften und Hütern hatten die Diebe auch Kleider und Wäsche, sowie eine wertvolle alte Orgel erbeutet, die aus der Villa eines Fabrikbesizers H. in der Werberstraße stammte. Der Besitzer, dem das seit 40 Jahren in seinem Besitze befindliche Instrument am Herzen lag, setzte eine Belohnung von 700 Mark aus. Als das die Bande erfuhr, holte sie die bereits verkaufte Orgel heimlich zu-

Verkaufte Volk kann dir du feet,
So reich du dich in dir selbst einwelet,
Was nicht der Not, des Glücks genug?
Deutsch oder teutisch, du wirst nicht klug.
Goethe.

Deutschlands Zukunft. *)

Eine Fabel.

Von Richard Dehmel.

„Ein Blutegel saugten an einem Salamander, der einen Talsman hielt. Dieser hatte die Eigenschaft, ihm sein neues Selbstvertrauen zu geben; aber als eines Tages ein Stumm den Leich des Salamanders auswählte, hatte er das Kleinod verloren, und während er verzweifelt danach suchte, freisten die Blutegel ihn ein. Um ihn vollends zu überwältigen, drängten sie ihn in ein Nestschlammloch, und — grade da fand er seinen Talsman wieder. Also umklammerte er ihn in Gebude, nahm alle seine Herzkraft zusammen und wartete mit ruhigem Blut, bis die fünf sich satt und matt gefaßt hatten. Dann arbeitete er sich empor aus dem Schlamm, schüttelte die Schornöhr ab, und die geschwollenen sind dabei zerplatzt.“

Ein Meister des Schweizer Dorfromans.

(Zu J. E. Heers 60. Geburtstag, 17. Juli.)

Die Schweizer Heimatkunst, die in den Wundern der Alpenwelt und der kraftvollen Eigenart des Hirtenvolkes ein so herrliches Gebiet umfaßt, hat ihren größten Erfolg errungen in dem Schaffen Jakob Christoph Herz, der durch seinen Wälder Gedichtroman „An heiligen Wässern“ mit einem Schläge berühmt wurde und seitdem einer der Lieblinge der deutschen Leswelt geblieben ist. Herz, der am 17. Juli 60 Jahre alt wird, hat seine Kindheit und seine Erziehung zum Dichter in einem seiner glücklichsten und edelsten Werke geschildert, in der autobiographischen Erzählung „Joggeli“. Der Ort, an dem der träumerische und unpraktische Joggeli aufwächst, ist sein Geburtsort Töy an der Töy, und seine eigene Jugendzeit wird in der traurigen Kindheit dieses Knaben geschildert, auf dessen frühe Leiden ein verfallener Schimmer des Humors fällt. Mit einer Intimen und stillen Kunst, die vornehmlich gegen die großen Effekte späterer Romane des Dichters abzielt, schildert hier Herz den ewigen Widerstreit zwischen dem Dichter und der Welt, den Gegensatz, in dem die träumerische Phantasie zu dem kalten Blick des

Alltags sieht. Er offenbart uns die Grunderlebnisse, aus denen dann dem 40jährigen der große Wurf seines Erfindungswertes glückt. Dem Anfang an lag in ihm das starke Bedürfnis, der Vorkämpfer eine Seele zu geben, und so gefallte er als Ausdruck der großen gewaltigen Schweizer Natur talfröhliche Männer von unbeeuglicher Willensstärke, die durch die Macht ihres Geistes und Willens sich zum Herrscher über die Elemente, zum Befreier und Erlöser ihrer Räumlichkeit aus Not und Gefahr aufgingen. Solche Gestalten sind die Helden seiner drei besten Werke, der Ingenieur in „An heiligen Wässern“, der seine Heimat von der furchtbaren Bluttröbe der osten Wasserleitung befreit, sein „Bettlermänn“ und der Gemisnjäger des historischen Romans „Der König von Bernina“. Bevor hier so das eigentliche Feld seines Schaffens eroberte, hat er schwer ringer mühen, hat erst als Lehrer und dann als Journalist sein Fortkommen gefunden. In seinen prächtigen Reisebeschreibungen zeichnete er zuerst die selbstamen Wasserleitungen des Wallis, die er dann mit den Gestalten seiner Jugenderlebnisse und Träume bebilderte. Die Darstellung der Natur und eine starke erzählerische Kunst sind die Grundlagen seiner Begabung. Die feckliche Vertiefung seiner Menschen ist ihm weniger gelungen, und so gab er sein Bestes aus, als er in dem Wälderroman „An heiligen Wässern“ den Boden der Heimat verließ. Auch in dem 1915 erschienenen Dorfroman „Der lange Wälder“ hat er wohl interessante Figuren gegeben, aber die Höhe seiner drei großen Alpenromane nicht erreicht, auf denen sein künstlerischer Ruhm beruht.

Theater, Kunst und Literatur.

— (Defizit des Nürnberger Stadttheaters.) Aus Nürnberg wird uns geschrieben: In einer Versammlung der Mitgliederausschüsse des Stadttheaters, an der als Vertreter der Genossenschaft deutscher Bühnengänger der Abgeordnete Wallauer und der Vorsitzende des Deutschen Chorängers- und Ballettoverbands Friedebach teilnahmen, erklärte Direktor Pennarini, daß für die am 15. Juli fälligen Gogen keine ausreichende Deckung vorhanden sei, vielmehr ein Fehlbetrag von 30.000 Mk. bestehe. Direktor Pennarini gab ferner zu, daß ihm für die Fortführung des Betriebes keinerlei Mittel mehr zur Verfügung ständen. Angesichts dieser kritischen Lage, die nach dem glänzenden Geschäftsgang der letzten Jahre unerklärlich erscheint, haben die Führer der Organisations-Verhandlungen mit dem Oberbürgermeister eingeleitet.

— (Georg Kellers neues Drama.) „Von der Hölle zur Erde“ ist vom neuen Theater in Frankfurt a. M. zur Aufführung in der neuen Spielzeit angenommen worden.

— (Erlösung des Verbandes Deutscher Bühnenschaffsteller und Bühnenkomponisten.) Der Tarifvertrag, den der Verband Deutscher Bühnenschaffsteller und Bühnenkomponisten mit dem „Deut-

schen Bühnenverein“ geschlossen hat, ist mehrfachen Mißverständnissen und Mißdeutungen begeben. Wir halten es daher für nötig, die folgenden Tatsachen festzustellen. Die früheren einschränkenden Aufnahmebedingungen sind durch die neuen, völlig veränderten Satzungen des Verbandes aufgehoben. Es heißt in diesen wörtlich: „Mitglieder des Verbandes können werden: Urheber von Bühnenwerken, die in einem Theater, das zum Deutschen Bühnenverein gehört, zur öffentlichen Aufführung oder von einem Mitglied der Vereinigung der Bühnenvorleger zum Betrieb angenommen worden sind.“ Der Jahresbeitrag beläuft sich auf 30 Mk., kann aber in besonderen Fällen gestundet werden. Weder Anhängerschaft noch Mittellosigkeit schließt also vom Beitritt aus; im Gegenteil, der Verband erstrebt den Anschluß aller Berufsangehörigen, zu dem Zweck, sie in ihrem Verkehr mit der Bühne wirtschaftlich und rechtlich zu stützen und zu schützen. Wie sehr ihn dabei gerade das Interesse der Jungen und Jüngsten geleitet hat, beweist der Umstand, daß lediglich zu deren Vorteil die bereits erfolgreichen Autoren im Tarifvertrag erhebliche Opfer gebracht haben. Sie haben namentlich auf die bisher üblichen Garantiezahlungen, die ihnen allein zugut kamen, ein für allemal verzichtet, gegen das Zugeständnis, daß von nun an jede größere Vereinskasse mindestens eine Uraufführung jährlich veranstalten muß. Ist so der Jugend das Tor zur Bühne weiter aufgegangen als je zuvor, so wird ihr auch innerhalb des Verbandes jede Gelegenheit zur Mitbestimmung geboten sein. Der gegenwärtige Vorstand wünscht, daß sie von dieser Gelegenheit ausgiebigen Gebrauch machen und bei künftigen Vorstandswahlen die Träger ihres Vertrauens an leitende Stelle bringen. Wie jede Berufsorganisation, so wird auch diese in erster Reihe nicht den wirtschaftlich Starren, die ihrer so am leichtesten entziehen könnten, sondern den wirtschaftlich Schwachen zum Egen gereichen. Indem sie den Einzelnen durch Befestigung geschäftlicher Mithilfe, durch die Sicherung der Verdienste und durch paritätische Schiedsgerichte zugunsten einer künstlerischen Freiheit vor Vergewaltigung bewahrt, wird sie zugleich die Hebung und Kräftigung des ganzen Standes zur Folge haben.

Der Vorstand des Verbandes Deutscher Bühnenschaffsteller und Bühnenkomponisten.

J. W. Dr. Submij Gulda.

— (Eine Zeitschrift für junge Juristen.) Eine neuartige Zeitschrift erscheint seit 1. Juli im „Welt-Verlag“, Berlin NW. 7, Dortheimstraße 38, „Der Rechtsstudent“, eine Zeitschrift für junge Juristen. Ihr Zweck ist, das Studium zu fördern und auf das Gelingen vorzubereiten. Sie erreicht dies dadurch, daß sie an Hand von Beispielen, Formulare, Muster, Verträge, überhaupt allen Erfordernissen des täglichen Lebens den für den jungen Juristen erforderlichen Rechtsstoff bespricht, vor allem aber auch durch Fragen zu

*) Wie entnehmen diesen Beitrag dem Heft 15 der Zeitschrift „Das Neue Reich“, die von der Arbeitsgemeinschaft Neues Reich, Berlin W. 8, herausgegeben wird.

rück und einer, der Schneider Johann Straßner, besaß sich zu dem Fabrikbesitzer, um sich die Bezahlung zu holen. Er hatte dabei die Absicht, einen Lieberberger anzuliegen, den er sich aus einem in der Villa geschlossenen Schlichter gebaut hatte. Diesen Stoff erkaufte man in der Weberstraße wieder und so kam man den Einbrüchen auf die Spur. Straßner ist übrigens auch darauf bei den Urteilen am 23. Juni erloschen worden. Die Urteile für die Angeklagten wurden verurteilt: der 18 Jahre alte Schmied Hans Baumann zu 3 Jahren, der 18 Jahre alte Logenführer Mathias Wagner zu 3 Monaten, der 19 Jahre alte Fuhrmann Rudolph Ditz zu 1 Jahr 4 Monaten (Gesamtsstrafe), der 27 Jahre alte Stoyer Fritz Wenzel zu 1 Jahr Gefängnis (Gesamtsstrafe) und der erst kurz vorher aus dem Gefängnis in Zweibrücken entlassene Logenführer Friedrich Schuster zu 2 Jahren Zuchthaus. Der als Helfer mitangeklagte Wirt Karl Wilsenmaier (Schwamwacke) wurde trotz erheblichen Verdachts freigesprochen.

Der Verband der Unterbadischen Kreditgenossenschaften.

Das Jahre 1918 waren 50 Jahre verfloßen, seitdem der Unterbadische Verband der Kreditgenossenschaften gegründet wurde. Aus diesem Anlaß hat der Verband eine kurze Geschichte seines Bestehens und Wachstums erscheinen lassen. Darnach wurde der Unterbadische Verband im Jahre 1868 im Juli unter Teilnahme von 12 Vereinen und in Gegenwart des Ministers der deutschen Genossenschaftsbewegung Dr. Schulze-Delitzsch gegründet. In der Gründungsversammlung sprach Dr. Schulze über das von ihm verfaßte Genossenschaftsgesetz, das vom preussischen Abgeordnetenhaus und vom norddeutschen Reichstag angenommen worden war. Er empfahl seine Einführung auch in Baden. Verhättnisse bedingten jedoch die Ausführung nicht. Der Reichstag hatte im Jahre 1873 bereits 23 Vereine vertreten. Jetzt umfaßt der Verband 54 Vereine mit rund 9000 Mitgliedern. Im ersten Jahre hatte die Mitgliedszahl 3000 betragen. In den 50 Jahren machte sich mehrfach eine Bewegung geltend, die in anderer Form wieder neuerdings versucht wurde: die Umwandlung von Genossenschaftsbanken in Aktiengesellschaften. So sind im Jahre 1884 die Volksbank in Mannheim, im Jahre 1889 der Ortenauer Kreditbank in Offenburg und die Kreditbank in Ried in Aktiengesellschaften umgewandelt worden. Im allgemeinen sind derartige Versuche erfolglos geblieben; so hat namentlich die Vereinsbank in Karlsruhe die Umwandlung in eine Aktiengesellschaft im Jahre 1888 entschieden abgelehnt und neuerdings ist die Angliederung von Genossenschaftsbanken an Aktiengesellschaften und Gernsbach an Großbanken nicht gelungen. Zunächst waren sämtliche dem Verbande angeschlossene Vereinigungen Genossenschaften mit unbeschränkter Haftpflicht. Im Jahre 1914 hatten von 53 Genossenschaften noch 44 die unbeschränkte, 9 die beschränkte Haftpflicht. Von den Männern, die sich um das Genossenschaftswesen in Baden verdient gemacht haben, sind hier zu nennen in den ersten Jahren Direktor Weber-Bruchsal, Dr. August-Karlsruhe Dr. Herz-Ramstein, Direktor Hirsch-Karlsruhe, Direktor Peter-Karlsruhe und Direktor Wölfer-Karlsruhe. Als Vertreter des Mannheimer Verbandes deutscher Genossenschaften wohnten in früheren Jahren Dr. Schulze-Delitzsch, seit 1892 Prof. Dr. Träger und Rechtsanwalt Dr. Albert-Wiesbaden den Generalversammlungen des Unterbadischen Verbandes bei.

Kommunales.

Brühl, 14. Juli. Zum Bürgermeister der Neuen Gemeinde wurde der Kandidat der Sozialdemokraten Gemeindevorsteher, Betriebsbeamter Karl Bitter, mit 21 Stimmen gewählt. Auf den bisherigen Bürgermeister Randerdt entfielen 25 Stimmen.

Karlsruhe, 14. Juli. Die Stadterwaltung will beim Gaswerk mit einem Aufwand von 100 000 M eine Schmelzfabrik errichten, in der die bei der Gasbereitung anfallenden Schlacken zu Schlackensteinen verarbeitet werden. — Beim Elektrizitätswerk soll ein Kältewerk, ein Wasserkraftwerk und ein Kälte- und Heißwasserkraftwerk errichtet werden. — Der Stadtrat hat mit der Forst- und Domänenleitung einen Vertrag über die Ueberlassung von Baugeländen der zentralen Hof- und Kasernestraße und der Kriegerstraße im Flächeninhalt von 22 178 Quadratmetern im Erbbaurecht abgeschlossen. So sollen dort 52 Wohnhäuser gebaut und mit der Karlsruher Handwerker-Genossenschaft ein Vertrag über die Ueberführung der Bauten abgeschlossen werden. Hiernach baut die Handwerker-Genossenschaft die Häuser, und zwar 32 zum Preise von je 20 500 M und 20 zum Preise von je 22 775 M.

Lörrach, 14. Juli. Der Bürgerausschuß lehnte das Gehalt des Bürgermeisters Dr. Gugelmeier auf jährlich 12 000 M nicht ab. 2000 M Wohnungsgeld für für allgemeine Ausgaben der Stadt wurde eine Entschädigung von 1 000 000 M ausgenommen und der Betrag von 300 000 M für die Verbilligung der Lebensmittel ausgenommen.

Darmstadt, 14. Juli. In der jüngsten Stadtverordnetenversammlung stellte Stadtrat Meißel mit zehn weiteren Stadtverordneten der Hessischen Volkspartei, des Zentrum und der parteilosen Gewerkschaften den Antrag, unbeschadet ihres Bestehens für die Verwaltung des Großherzogs Ernst Ludwig den Dank der Stadt Darmstadt auszusprechen und die Bitte zum Ausdruck zu bringen, auch ferner unter den Darmstädtern zu wohnen. Oberbürgermeister Dr. Glöcking bemerkte dazu, daß er in einer am 24. Januar d. J. stattgefundenen Sitzung, die unter Mitwirkung

der Staatsregierung, des Herrn Ministerpräsidenten, der Staatsbehörden, wirtschaftlichen, künstlerischen Vereinigungen und kultureller Kreise stattfand, unter Angabe der Gründe dem bisherigen Großherzog den Dank für seine außerordentlichen Verdienste ausgesprochen hat. Der Oberbürgermeister teilte ferner u. a. mit, daß die von verschiedenen Seiten angeregte Aufgabe der Spielmarken als Vertriebsmittel für die Arbeiter sei. Er gab weiter die Bedeutung des Direktors Bohnerberger bei der Abgabe der Spielmarken bekannt. — Die städt. Arbeiterkassen haben ein Gesuch um Gewährung einer weiteren täglichen Teuerungszulage von 3 Mark eingereicht. — Die Verpflegungsgesetze für die Aufnahme im städtischen Krankenhaus wurden um 20 Prozent erhöht. Ein Gesuch um Uebernahme der städtischen Bürgerschaft bei der Errichtung von Arbeiterhäusern durch den Bauverein Dabem wurde gebilligt. Der Kredit für 1831,14 Baukostenzuschüsse wurde von 250 000 auf 600 000 M. erhöht.

Darmstadt, 14. Juli. Eine Stadtanleihe von 5 000 000 M hat die hiesige Stadtverwaltung aufgenommen, die durch die Deutsche Bank, die Deutsche Vereinsbank und die Bank für Handel und Industrie übernommen und zum Kurse von 94,25% aufgelegt wird.

Aus dem Lande.

Weinheim, 16. Juli. Das hiesige Gewerkschafts-Komitee nahm einstimmig eine Anschließung gegen die Wiedererrichtung der Sonntagsarbeit an, wobei sich die Weinheimer Arbeiterkassen solidarisch mit dem kaufmännischen Angestellten erklärten. Ein Protest in diesem Sinne wurde an das badische Arbeitsministerium abgeschickt.

Wiesloch, 18. Juli. Ein Arbeiter fiel verletzungsbedingt bei der Arbeit mit einer Eisenstange einem andern an das rechte Auge und verletzte ihn dabei. Der Betroffene wurde nach Heidelberg in das Akademische Krankenhaus verbracht, wo er an Blutvergiftung starb.

Gaggenau, 16. Juli. In den Eisenwerken Gaggenau explodierte infolge von Fahrlässigkeit ein Geshöfshörper und verletzte zwei Personen schwer.

Plozheim, 16. Juli. Nach einer aus München hierher gelangten Nachricht ist es dort gelungen, den Schwindler Adolf Komloch von Bräunlingen, der vor vier Wochen in Reustadt l. Schw. dem Bloutersfabrikanten Red den Betrag von 900 000 M abgeschwindelte, zu verhaften. Der Schwindler trug, laut Plozheim, noch 150 000 M in bar bei sich. Außerdem ist es in der letzten Zeit gelungen, den Betrag von 300 000 M zusammenzufinden, den Komloch teils bei Banken deponiert, teils Verwandten geschenkt hatte. Somit ist die Hälfte der gestohlenen Summe beigebracht. Den Rest hat Komloch allem Anschein nach vergraben.

Kappelrodt bei Ebern, 17. Juli. Ein umfangreiches Schießbändelgeschloß wurde bei dem Schnapsbrenner Karl Rader entdeckt. Vorher Lebensmittel in großer Menge kann man ungefähr 400 Liter Branntwein, darunter auch ziemlich Kirchwasser und für mehrere tausend Mark Heeresgut, darunter 2 Kisten Jagarsalmöl, bis dem Vorkaufsmann zufolge von einem Sohn, welcher Kraftfahrer bei einer Sanitätskolonne war, nach Hause geschickt worden war.

Brühl, 16. Juli. Zur Vorfeier des Nationalfestes der Franzosen hatte die Besetzung von Neubretsch die Schiffbrücke demagogisch besetzt. Auf badischer Seite prangt ein Eingang der Schiffbrücke ein Transparent mit der französischen Überschrift: Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit.

Immenhausen, 15. Juli. Beim Langholzhackeln fiel ein Stamm dem Bahnarbeiter August Liebermann auf den Rücken. Es wurde ihm der Brustkasten eingeschlagen.

Pfalz, Hessen und Umgebung.

Darmstadt, 15. Juli. Die Staatsanwaltschaft Darmstadt ergreift das nächste Ausschreiben: In der Nacht zum 8. Juli 1919 wurde in der evangelischen Kirche in Gr. Steinhelm eingeschoben und folgende Gegenstände entwendet: 2 Kreuzen, jeder 50 Jm. hoch, Silberplattiert. Der eine trägt die Aufschrift: „Gesellschaft von der Familie Scheuermann-Groß-Steinhelm“, der andere: „Gesellschaft von der Familie Kuffel-Steinhelm“. Zwei Kreuzenmacher von je 60 Jm. Höhe, Silberplattiert, mit der Aufschrift: „Gesellschaft von der Familie Joh. Karl Pohl, Klein-Steinhelm und Fraulein Heß, Frankfurt a. Main.“ Ein lebendes Kreuzkräuter, 60 Jm. hoch, Silberplattiert. Folgende Abendmahls-Geräte: Zwei Kannen aus Silber, innen vergoldet, ein Abendmahls-Gesäß aus Silber, innen vergoldet, 1 Hostienhalter aus Silber, innen vergoldet, ein Krantenabendmahls-Gesäß aus Silber, innen vergoldet, an der Längenseite reich ornamentiert, Weintraubenverzierung, frei herunterhängende Tränkehen mit der Aufschrift: „Gesellschaft von dem Frauenverein Klein-Steinhelm“. Schwerer: 12 000 Mark. Alle übrigen in dem Schrank aufbewahrten Paramenten blieben unberührt. Die Dede hatten es nur auf Silber abgesehen.“ Ansehend hat man es mit den beiden Kirchenräubern zu tun, die vor wenigen Tagen den Silberdiebstahl in der Mannheim Kirche ausgeführt haben. — Nachdem vor kurzem die 18 Jahre alte Wladislawa Bog aus dem Wees zwischen Erbach und Weiterstadt verschunden ist, ohne daß man trotz aller Nachforschungen bis jetzt eine Spur von ihr entdecken konnte, ist nunmehr seit der vorigen Woche auch die in den mittleren Jahren lebende Elisabeth Schmidt Witwe, die mit der Bahn ankam, von dem Bahnhof Weiterstadt bis zum Orte verschunden. Man ist in der Befürchtung über das Verschwinden der beiden Frauen sehr beunruhigt, da man sich nicht erklären kann, wozu sie gekommen sein sollen. — Festgenommen wurden am hiesigen Hauptbahnhof eine Anzahl Hühner- und Händeldiebe, welche in Weinbergen und Umgebung eine Partie Kleinwild aller Art geflossen haben sollen und Herber brachten. Sie wurden der Staatsanwaltschaft vorgeführt.

Gerichtszeitung.

Freiburg, 15. Juli. Als Mannesunteroffizier war der 27-jährige Schneider Theodor Wiffler aus Kolmar in verschiedenen Banden aufgetreten und hatte sich durch Verbrechen Geldbeträge verschafft. Er hatte auch noch einige Einbruchdelikte auf dem Gewissen und wurde wegen seiner verschiedenen Straftaten zu 5 Jahren Zuchthaus verurteilt.

Darmstadt, 15. Juli. Mit schwarzen Masken und Revolvern versehen, haben im verfloßenen Frühjahr zwei jugendliche Burden, Strohmenger und Bender mit Namen, in der Villa des Fabrikanten Köhringer in Hirschfeld zur Nachtzeit einen Einbruch verübt. Sie wurden dabei aber durch den Besitzer gefoltert, den sie mit dem Revolver bedrohten. Sie wollten angeblich nur wenige Lebensmittel holen, wurden aber wegen ihrer Masken und Revolver von der Strafkammer sehr ernst genommen und zu je 3 Jahren Gefängnis und 3 Jahren Ehrverlust verurteilt.

TBD, Duisburg, 14. Juli. Das Schöffengericht hatte drei holländische Arbeiter, die im Dezember vorigen Jahres verhaftet hatten 450 000 Mark in deutschen Banknoten nach Holland zu schmuggeln. Zu je 10 000 Mark Geldstrafe verurteilt. Die Strafkammer hat jetzt das Urteil der ersten Instanz bestätigt und außerdem die Eingehung des beschlagnahmten Schmuggelgutes angeordnet.

ak. Leipzig, 15. Juli. Das Schwurgericht Bielefeld hatte den Arbeiter Wilhelm Bärmann, der am 23. Oktober vor. J. den aus Karlsruhe stammenden Arbeiter Josef Reichshofer ermordet und beraubt hatte, zum Tode verurteilt. Der Erschlagene trug auf der Brust eine Tasche mit 1200 Mark Inhalt, die dem Mörder in die Hände fielen. Wärmann legte gegen seine Verurteilung Revision beim Reichsgericht ein, die jedoch vom 4. Straifenat verworfen wurde.

Sportliche Rundschau.

Der Herr Mannheim des Deutschen Radfahrer-Bundes schreibt am Sonntag, den 10. August ein der Mannheimer Radfahrer aus der Villa in Karlsruhe (Schloßhof). Der Herr führt aber Radfahrer-Graben zum Hiesigen (Schloßhof) 113 km. Das haben in offen für alle Vereine des Bundes. Außerdem dürfen sich Radfahrer zu einer Mannschaft vereinigen. 4 Fahrer und 2 weitere Fahrer können als Ersatz mitfahren. Erstklassige Fahrer. Gewertet wird der vierte Fahrer. Bei 5 Mannern 3 Plätzen und jedem Fahrer eine kleine Erinnerungsgabe. Mannheim mit Einlad. 12. — wasser bis zum 4. August bei dem Gastwirt Herrn Robert Reiffenahl, Mannheim, D. 2, 8, erfolgen.

TBD, Luftpostverkehr Industriebezug—Berlin. Der wegen Betriebsstoffmangels vorübergehend eingestellte Luftpostverkehr Berlin — Braunschweig — Hannover — Gelsenkirchen mit Autoantrieb nach Bitterfeld, Bodum, Gremersdorf, Witten, Dortmund, Essen, Mühlheim und Duisburg ist wieder aufgenommen worden.

Handel und Industrie.

Viktoria zu Berlin, Allgemeine Versicherungs-Aktiengesellschaft.

Die Kaufmännische Bewegung im Reich, die die Gesellschaft bereits im Jahre 1917 bewandert konnte, hat erstensweise in noch verstärktem Maße auch im Berichtsjahre 1918 ausgehalten. Die Gesellschaft hat in allen Geschäftszweigen einen Zugang erreicht, wie sie ihn so hoch nie zuvor zu verzeichnen hatte. Was trifft besonders für die Lebens- und Unfallversicherung zu, bei denen sie trotz der recht erheblichen Abnahme durch Abnahme und Sturzpreise ein beträchtliches Geschäftsbildet von mehr als 215 Millionen Mark verzeichnet. Dagegen hat das finanzielle Ergebnis des Jahres 1918 unter dem Zeichen der für Deutschland unglücklich verlaufenen Kriege und der neuen Ende des Jahres einsetzenden politischen und wirtschaftlichen Umwälzungen, empfindlich waren die Rückwirkungen der wirtschaftlichen Krisen auf den Geschäftserfolg. Obwohl die Gesellschaft im während der letzten Jahre sich nach den Bränden umwandeln bemerkt hatte, war für Ende 1918 dennoch eine weitere sehr erhebliche Abnahme von rund 150 Millionen M erforderlich, die hauptsächlich durch unsere Höhe an Kriegsanleihe bedingt war. Im allgemeinen hat sie für die vorliegende Bilanz die unglückliche Steuerkurve vom 31. 12. 18 zurückgeführt, hat aber die vorläufigen Kurve beibehalten, sofern sie tiefer liegen als jene. Die Vermögensverhältnisse haben in allen Zweigen infolge der anhaltenden Teuerung und der fortgesetzten Verbilligung weiter zugenommen. Ganz erheblich sind auch die wiederholten Teuerungszulagen die Ausgaben für die Schäden der Kriegsverluste. Die Viktoria war nach Kräfte bemüht, die Anforderungen für die Anschließen des besonderen Zeitverhältnissen anzupassen. In der letzten Bilanz des Jahres 1918 eine feine Lohnbewegung ein, die noch in 1919 zur Johnson einer hohen Aufwandssumme führte. Inzwischen ist der Reichsrenten für die Verdienste der Versicherungsangehörigen zuzunehmen. In allen Abteilungen traten dann nach und nach die Wiederanstiege ein, die in 1918 eingetretenen höheren Stufen. Abgesehen von den Reichsrenten, die auch im letzten Jahre noch eine Ausgabe von mehr als 7 Millionen erforderten, haben die Zulagen für die Vorkasse in der bürgerlichen Bevölkerung in ausfallender Weise zugenommen. So hoch aus der Abrechnung über die Stufen der Gesellschaft ist ein Bericht ersah. Diese Erziehung ist in erster Linie eine Folge der anhaltenden Unterernährung, die — verursacht durch die einen der größten Schandflecke der Wirtschaftsgeschichte darstellende festliche Hungerkatastrophe — in hohem Maße die Lebenskraft der Bevölkerung Deutschlands auf Jahre hinaus unendlich geschädigt hat.

Die Abrechnung über das Gesamtjahr schließt ab mit einem Reingewinn von 87,888,248 (88,787,710). Daraus ist beteiligt: 1. die Abrechnung der größeren Lebensversicherungen mit 28,121,450 (28,899,474); 2. die Abrechnung der Lebensversicherungen nach Art I mit 1,288,871 (1,288,871); 3. die Abrechnung der Unfallversicherungen mit 12,885,090 (12,807,008); 4. die Abrechnung der Unfall- und Unfallversicherungen mit 2,187,114 (2,787,736). Die Abrechnung der Transportversicherungen hatte einen Verlust von 178,114 (90,201).

Von dem Gesamtgewinn gelangen zur Verteilung: An die mit Gewinnanteilsberechtigten der Abrechnung der größeren Lebensversicherungen 22,870,888 (24,102,798). Der Gesamtgewinnfonds beträgt dann Anfang 1919: 94,388,250 (98,518,000). Der Dividenden wird für dieses Jahr wie im Vorjahre auf 2% oder fast dem Versicherungsbetrag nach dem besten am Vorjahr erzielten Jahresertrag festgesetzt. Infolgedessen erhielten die Versicherungsnehmer 20,796,370. Die ausbleibend für die Versicherungsnehmer an Gewinnanteilen zuzurechnenden Gewinnanteile betragen nunmehr 4,918,362 (5,215,208).

Die Geschäftsergebnisse stellen sich wie folgt: A. Im Gesamtjahr: In der gesamten Lebensversicherung dem Gesamtgewinnfonds der Gesellschaft, hier die Anzahl der Versicherungen von 8,710,892 auf 8,788,257 mit einer Versicherungssumme von 1,807,218,416 (2,092,780,861) und mit einer Prämie von 1,000,500 (1,280,881). 88 hielten sich zu Ende des Jahres 1918 das Gesamtvermögen auf 1,240,000,000 (1,280,108,404), der Doppelvermögen auf 1,002,178,282 (1,000,972,087), der Wertpapierbestand auf 1,180,000,000 (1,058,844,778). Die Einnahmen an Prämien u. Zinsen auf 1,001,000,700 (1,000,100,000), die Ausgaben für Versicherungsleistungen und Rückstellungen auf 1,000,721,122 (92,780,000), die Ausgabe für Dividenden an Versicherungsnehmer auf 1,000,515 (88,878,807).

B. In der einzelnen Abteilungen: 1. Abrechnung der größeren Lebensversicherungen und Abrechnung der Lebensversicherungen mit Gewinnanteilsberechtigten: Versicherungsbetrag 1,780,897,600 (1,814,298,087), Prämien- und Zinseneinnahme 1,270,000,822 (1,310,801,877), Ausgabe für Versicherungsleistungen und Rückstellungen 48,219,708 (54,100,000). Hierin sind die Zulagen für Kriegsverluste mitzuzählen. Die Kriegsverluste betragen vom 1. Januar 1914 bis zum 31. Dezember 1918 insgesamt 1,815,775 (1,731,800). Ausfälle für Dividenden an Versicherungsnehmer 17,888,361 (16,188,814), Ueberläufe 22,104,245 (28,883,146).

2. Abrechnung der Unfall- und Unfallversicherungen: Prämien- und Zinseneinnahme 1,770,230 (1,179,029), Ausgabe für Versicherungsleistungen und Rückstellungen 6,190,287 (5,011,225), Ausgabe für Dividenden an Versicherungsnehmer 1,000,160 (1,200,873), Ueberläufe 2,187,114 (2,787,738).

Mannheimer Offenbude.

An der heutigen Börse stellten sich einige Industrie-Aktien, wie Westereisen, Benz und Mannheimer Gummi wesentlich höher. In Aktien der Unionwerke Mannheim war Geschäft zu etwas reduzierten Kurse. Schwächer lagen ferner Metallaktien und Aktien der Portland-Zementwerke Heidelberg.

beständigem Nachdenken und Arbeiten anregt. Diese Methode ist besonders bei den jüngeren, weil sie dazu anregt, die oft beständige Bestrebtheit des jungen Juristen zu befruchten. Die Zeitschrift wird von einem Praktiker, Rechtsanwalt Dr. Boer, herausgegeben.

— (Eine Tochter Rüderts gestorben.) Aus Koburg drachtet unser Berichterstatter: Auf dem Gut Reuses Nord achtzigjährig Frau Rüdert Anna Berger, die Tochter des Dichters Friedrich Rüdert. — Das Gut Reuses bezog Rüdert 1840, am 31. Januar 1866 starb er dort.

Aus dem Mannheimer Kunstleben.

— (Hochschule für Musik.) In den Schlußkonzerten unserer Musik-Institute hat die Vortragsfolge in der Regel durch die Individualität und das technische wie musikalische Können der Schüler bestimmt. Die Förderung einseitig stilvoller Programme tritt jenseits in den Hintergrund. So hat auch das gestrige 1. Schlußkonzert unserer Musikhochschule in bunter Folge Klassische und romantische, neue und uralte Werke ohne das feste Gerippe eines einheitlichen Grundgebauens. Doch die Klavierklassen des Kernpunktes unseres Instituts bedeuten, ergibt sich aus dem Programm des gestrigen wie des heutigen zweiten Schlußkonzertes. Weil die überwiegende Zahl des Abends waren Klavierdarbietungen. Es spielten fünf Schülerinnen von Prof. Rehbarg, und allen darf man zuebenwende technische und musikalische Erziehung nachrühnen. Der Einschlag hat bei allen Vortragenden die gleiche Gebiegenheit, Kraft, Weichheit und Glanz. Gleich die Interpretin des Beethovenschen C-moll-Konzertes, I. Goll, bewies ein hohes Maß musikalischer Reife und echter Künstlerfreudigkeit. Obwohl ähnlich durch den Klanglich ziemlich blässigen Flügel (mit dem dumpfen Bass) und der nicht ausgeglichenen Mittelstimme) behindert, gelang das Vortragsmerkmal fester, der Vortrag zeigte Empfinden und Gehmaß. Auch die Wiedergabe von Webers prächtigen Konzertstück Op. 79 verriet Musikalität und technische Fertigkeit, wenn auch hinsichtlich scharfer Akzentierung und Ausgesprochenheit des Vortrages noch nicht das höchste Niveau erreicht war. Auch die Beethovenbehandlung bedarf erhöhter Sorgfalt. Poésie und Vortragsgeschmack atmete die Durchführung von Chopins brillanter Polonaise Op. 22 mit dem nachkomponierten schönen Andante spinto (in der feinsinnigen Instrumentierung von F. Schumann). Verdicke Passagenflucht und sein zünftiger Sinn zeigte diese Wiedergabe aus.

In verblüfftem Maße zeigte sich Vorgang in Reuses's mit zu schön gelisteten G-dur-Konzert Nr. 3 op. 144. Das

in allen Sätzen gespielt, das überreiche Programm nur allzu sehr in die Länge zog. Das feindifferenzierte, echt musikalische Spiel aber klingt mir noch lebhaft nach. Mit Bizet's Fantasia über ungarische Volksmelodien fanden die Klavierdarbietungen und des Konzerts den Ausklang und auch die letzte Spielerei entfaltete in der Wiedergabe looter Klavierstücke Kunst und einbreitende Brauere, daß der lebhafteste Beifall wohlverdient schien. Nicht so restlos wurden die Aufgaben erfüllt, die sich zwei Schüler der Gesangsklasse Kellers gestellt hatten, so formvollständig manches im Einzelnen ausgeführt war. Der Tenorist sang das arisopartige Requies und die freudig gestimmte Es-dur-Arie „Wie Late macht hoch“ aus Handels „Messias“, ein junger stimmbegabter Baritonist Szene und Arie des Jahres aus Reubers „Rachitager“ (2. Akt, Nr. 14). Bei beiden Sängern sitzen die Töne noch nicht alle fest, namentlich in der Hochlage. Der Baritonist bildet manche Töne, die durch Reibdruck und Intonationsstörungen klingen. Aber er besitzt Bindungsstärke Material, zeigt gelegentlich auch dramatische Empfinden, so daß man von dem Meisterspiel bei dem anerkannten Schicksal Kellers Hoffnungen gegen darf. . . .

Musikalische Empfinden, schönen Einsatz und respektvolle Fertigkeit erwies ein Schüler der Hildensabbildung U. Bernice in einem Rongertino c-moll op. 12 seines Lehrers, das wie das Reimelkonzert zum 1. Male hier erklang.

Das Orchester bestand aus Lehrkräften und Schülern der Hochschule, verstärkt durch Mitglieder des Nationaltheater-Orchesters, und in seine Leitung teilten sich die Herren Direktoren Rehbarg und Keller.

— (Wiener Operettenspiele.) Heute Donnerstag, den 17. Juli, abends 7 Uhr, geht zum letzten Male „Der arme Jonathan“, Operette in 3 Akten von Hugo Wittmann und Julius Bauer, Musik von Carl Millöcker, in Szene. Morgen Freitag 7 Uhr findet die Erstaufführung der Johann Strauß'schen Operette „Wiener Blut“ statt. In den Hauptrollen sind beschäftigt die Damen Parola, Gahner, Tisch und die Herren Wiler, Neumann, Elner und Witten. Die Spielleitung liegt in den Händen des Herrn Siegfried Wiler, die musikalische Leitung hat Herr Dr. Egon Neumann.

— (Wiener Operettenspiele — Volksoffentlich.) Um weiteren Kreisen der Bevölkerung den Besuch einer Operettenvorstellung zu ermöglichen, findet am kommenden Montag wieder eine Volks-vorstellung zu bedeutend ermäßigten Preisen statt. Zur Auf-führung gelangt die famillie Operette „Die Glocken von Comenelle“, (Kellere'sche Anzeiger.)

Briefkasten.

Reinhold P. Die Antwort auf Ihre Anfrage wurde am 30. Juni in No. 203 unserer Ausgabe unter dem Stichworte B. G. veröffentlicht. (172.)

Mitteilungsdomi finden. Ein rückwirkender Aufschluss ist nicht möglich. Sie haben nur den gelebten Mitteilungsdomi abzugeben, alles andere ist Sache des Hausherrn und des Mitteilungsdomi. (204.)

Büchertisch.

Witz. Eine Monatschrift, herausgegeben von Hermann Weitzel u. Robert M. Schmidt. Das sechste erscheinende Heft des fünften Jahrgangs enthält folgende Beiträge: Robert M. Schmidt: Gedicht; Wilhelm Weitzel: Bild; Kurt Bode: Die Weiblichkeit; Erwin Meißner: Bilder; Friedrich Kutz: Zwei Gedichte; Hermann Weitzel: Kleine Tagebuch; Paul Mayer: Eine Schauspielerin an einem jungen Dichter; Ludw. Kilmann: Die Antidichter; Hedwig Weitzel: Der erkrankte Mensch.

Diese reichhaltige Bücherreihe ist der Zahl 100 näher. Carl Guldert gibt unter dem Sammelnamen „Katharina“ drei Romane heraus. Eine besonders köstliche Gabe sind „Gedichte von I. G. G. G.“

Wasserwärme des Rheins 17°C. Mitgeteilt von Bado-Anstalt Heerweck.

Table with 6 columns: Pegelstation vom Rhein, Datum (12, 13, 14, 15, 16, 17), and Bemerkungen. Rows include Soboterinsel, Kahl, Sasau, Mannheim, Mainz, Kaub, Köln, vom Neckar, Mannheim, Heilbronn.

Wetterausblick für mehrere Tage im Voraus. Unbefugter Nachdruck wird gerichtlich verfolgt.

Table with 6 columns: Datum, Barometerstand morgens 7 Uhr mm, Temperatur in der Nacht Grad C, Tiefste Temp. in der Nacht Grad C, Niederschlag Liter auf qm, Höchste Temp. des Tages Grad C, Wind, Bewölkung.

Ämterliche Veröffentlichungen der Stadtgemeinde

Freitag, den 18. Juli gelten folgende Worten: I. Für die Verkäufe. 1. Dose Walzgerst zu M. 2.35 für die Rindermittelkarte 25 in den Rindermittelkartverkaufsstellen 55, 57-294.

Zwangs-Versteigerung.

Freitag, den 18. Juli 1919, nachmittags 2 Uhr werde ich in Mannheim an Ort und Stelle mit Zusammenkunft im Hofstr. 24 im Vollstreckungswege gegen vorg. Zahlung öffentlich versteigern: 1 Chaise, 1 Omnibus, 1 Chaise (Moford) und etwa 400 Zentner Bohnenstroh.

Nachlaß-Versteigerung.

Heute Donnerstag, 17. Juli nachmittags 2 Uhr in L. 18, 24 III. Fortsetzung der Versteigerung von: 1 Petr.-Ofen, 1 Wangel, 1 großer Kaffee, 1 Sessel, 1 eiserne Flaschengestell, Küchengeräte.

Nachlaß-Versteigerung.

Freitag, den 18. Juli 1919, nachmittags 2 Uhr versteigere ich in L. 13, 24 III im Auftrage des Vormundes die nachbenannten, zum Nachlaß der Profurist Werner Daniels Wwe. Maria geb. Richard gehörigen Fahrnisse meistbietend gegen Barzahlung: 6 Schränke, 1 Spiegelschrank, 2 Waschtische in Marmorpl., 1 Kommode, 4 komplette Betten, 3 Nachttische in Marmorpl., 1 Handtuchstiel, Federbettung, 1 ant. Leuchte, 2 Säulen, 2 Sofas, 6 verschiedene Tische, 14 Stühle, div. Bilder, 2 Spiegel, 2 Sessel, 1 Konfol in Spiegel, 1 Kaffeefervice, Gläser, Porzellan, Geschirre zum täglichen Gebrauch, 1 Erfindungswäsche u. sonstiges mehr.

Sämtliche Lebensmittel

wie Schmalz, Salatöl, Erbsen, Bohnen, Linsen, Kaffee, roh und geröstet, Reis, Schokolade, Kakao, Vollmilch, 72 % Harzeiler Kernseife u. s. w. in greifbarer Ware, hat dauernd an Hand Jean Kloh Warenagenturen und Frankenthal (Pfalz). 38025

Grosse Versteigerung.

Am Freitag, den 18. Juli, nachm. 2 1/2 Uhr, verleierte ich in N 2, 13 eine Partie Herren- und Damenkleider, Eitel, Wapp, Vorhänge, Federbetten, bessere Haus- und Küchengeräte, Bilder, Spiegel, Gartenmöbel, Silber, Lampen, Blumenstücke, 1 Uhr, schöne Teppiche und anderes. 4001

Steinkohlenteeröl und Lignit

in größeren Mengen zu kaufen gesucht. 4210 Eingabe unter S. V. 146 an die Geschäftsstelle d. B. I.

Siemens-Martin-Material

wie es steht und liegt in folgenden Abmessungen und ungefähren Durchschnittsfestigkeiten, freiliebend zu verkaufen: ca. 73 Stangen ca. 12800 kg 76 mm ca. 5 m

Danksagung.

Für die überaus zahlreichen Beweise innigster Teilnahme, ebenso für die vielen Kranz- und Blumenpenden beim Hinscheiden unseres unvergesslichen Gatten und Vaters Herrn Jakob Heidenreich Metzgermeister sagen wir unseren tiefgefühlten Dank. Neckarau, 17. Juli 1919. Frau Anna Heidenreich Ww. und Kinder.

E. HERZ & CO. Rolladen- u. Jalousien-Fabrik. Langstr. 7 Mannheim Tel. 4798

Belgisches Schlafzimmer. moße eichen, gewölbt, kaum gebraucht, umständelhalber billig zu verkaufen. Es besteht aus: einem heiligen Spiegelschrank, 2 Bettstellen mit Holz und Matratzen, 2 Nachttischen und einem großen Weichholz mit Spiegelglas, alles mit schönem, dicken Marmor.

Zu verkaufen: 400 m E. K. Kupferleitung 35 qmm gebraucht, unbeschädigt 1 Mk. 12.- 300 m wetterfest für Freileitung gebraucht 1 Mk. 3.50 500 m Handimpes-Karditkabel Kupfer 2x1,5 qmm 4 Mk. 4.00 alles Friedensware. 3000 Osmar-Drabhtleitung 25-50 Kerzen 125 Volt Preis auf Anfrage. 4285 Jakob Leonhard Elektrisches Installations-Besuch Karlruhe, Telephon 3872 Lauterbergstrasse 16.

